Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Ollenhauer, Berlin.
Redaktion: Tel. Dönhoff 4126/4129

Verlag für Anzeigen und Geschäftliches:
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Postscheckkonto: Berlin

Die Zeitung erscheint an Werktagen.
Der Bezugspreis wird auf Grund besonderer Vereinbarung erhoben. Anzeigenpreis 4 Pfg. für die 5gespaltene Millimeterzeile, keine Anzeigen unter 5 Millimeter Höhe. Rabatt nach Tarif.

Berlin, den 26. Okt. 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Und der Reichspräsident?

Wo bleibt sein Votum zu dem Leipziger Spruch?

SPD. Das Kabinett der Barone und seine Kommissare in Preussen stellen sich tot. Herr von Papen war am Mittwoch nicht in Berlin, sondern zur Jagd bei Verwandten in Bitterfeld.

In den Kreisen der Papen-Regierung und seiner ausführenden Organe in Preussen zeigt sich kein besonderer Eifer, den Rechtsspruch von Leipzig durchzuführen. Man will sich offenbar Punkt für Punkt widerwillig abringen lassen. Vielleicht denkt man sogar daran, noch Prozesse um jeden einzelnen Punkt neu zu führen. Diese Haltung ist nicht nur ein Ausfluss besonderer Hartnäckigkeit, sie zeigt auch die tödliche Verlegenheit, in der diese Kreise sich befinden. Worauf wartet man denn? Wahrscheinlich werden binnen kurzem in Preussen neue Verhandlungen über die Bildung einer schwarzbraunen Regierung geführt werden. Wenn die kommissarische Verwaltung die Dinge bis zu diesem Zeitpunkt hinschleppt, wird der Dualismus viel ernster werden als jetzt, wo die Situation in jeder Hinsicht provisorischen Charakter trägt. Die Pläne und Hoffnungen, die darauf hinausliefen, überhaupt keine Regierung in Preussen mehr zustandekommen zu lassen, sondern die kommissarische Verwaltung unmittelbar in die Verwaltung Preussens durch das Reich überzuführen, sind nach der Neubefestigung des preussischen Staats und seines Ländercharakters durch den Spruch von Leipzig zerstört worden. Die Existenz einer preussischen Staatsregierung jetzt und in Zukunft ist eine Tatsache, mit der das Kabinett der Barone rechnen muss. Bisher beruhten seine politischen Pläne darauf, dass diese Tatsache nicht mehr gegeben sei - jetzt nicht und in Zukunft nicht.

Hand in Hand mit dieser politischen Niederlage der Barone geht die moralische Niederlage. Das Vorgehen gegen Preussen ist begründet worden auf Artikel 48 Absatz 1, und zwar vorwiegend und in erster Linie. Unter dem Vorwand der Pflichtverletzung durch die preussische Staatsregierung ist man am 20. Juli in der rigorosesten Weise vorgegangen, so als ob es gelte, ein Strafurteil zu vollstrecken. Diese entwürdigenden Methoden, die dem Vorgehen das Ansehen empörender Gewalttat gegeben haben, waren das Vorspiel zu den späteren Methoden der kommissarischen Verwaltung, die nicht nur an sich diktatorisch wahre, sondern noch dazu das Gepräge brutaler Diktatur trugen.

In derselben Linie liegt die krampfhafte Suche nach angeblichen Verfehlungen und Pflichtverletzungen der preussischen Staatsregierung, das unwürdige Schauspiel der Aushorchung von Beamten, die bisher der preussischen Staatsregierung gedient hatten, die Benutzung von Charakterschwäche, die Methode der Belohnung durch Avancement, die gewissen Beamten gegeben worden ist. Hierzu gehört die Unterstützung der nach Agitationsmaterial schnüffelnden Deutschnationalen, die im preussischen Finanzministerium beliebt worden ist. Das alles war aufgebaut auf dem Vorwand, dass es sich um eine Exekution gegen

eine pflichtvergessene Regierung handele!

Dieser Vorwand ist gründlich und endgültig zerstört. Weder politisch noch moralisch noch rechtlich lässt sich die Exekution auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 noch verteidigen. Gewisse Methoden der kommissarischen Verwaltung so die nachträgliche Materialsuche, haben in der Begründung des Spruches von Leipzig eine moralische Verurteilung erfahren, die nicht stark genug unterstrichen werden kann.

Trotzdem aber scheint die kommissarische Verwaltung und das hinter ihr stehende Kabinett der Barone nicht daran zu denken, daraus moralische Konsequenzen zu ziehen. Man hat sich zwar eine politische, rechtliche und moralische Niederlage zugezogen. Aber man beharrt trotzdem bei diesem nicht zu rechtfertigenden, nicht zu begründenden, nicht zu deckenden Vorgehen vom 20.Juli. Man denkt nicht daran, moralisch die Position zu verlassen, die man verloren hat. Mit dieser Haltung untergräbt das Kabinett der Barone sich noch weiter, als es bisher schon der Fall war!

Gerade im moralischen Punkte aber bedarf das Urteil von Leipzig dringend der sofortigen Vollstreckung. Das Kabinett der Barone hat den Reichspräsidenten in eine überaus schwierige Lage gebracht, als es ihm ein Vorgehen gegen Preussen vorschlug, das rechtlich und moralisch unbegründet war, und als es die Verordnung des Reichspräsidenten vollstrecken liess in Formen, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofs auf das schwerste verurteilt wordensind. Das Kabinett der Barone stellt sich tot. In der Hand des Reichspräsidenten liegt es nun, einen Strich unter diese Methoden zu ziehen. Für ihn handelt es sich nun darum, der preussischen Staatsregierung nicht nur Recht, sondern auch Billigkeit widerfahren zu lassen, und das zu veranlassen, wogegen sich die kommissarische Verwaltung in Preussen und das Kabinett der Barone offenbar zu sträuben scheinen. Dass der Reichspräsident den preussischen Staatsministern diese Billigkeit widerfahren lässt, ist schliesslich eine selbstverständliche Anstandspflicht.

SPD. Die "grundsätzlich neue Staatsführung" wird nach den Worten ihrer Träger durch konservative und christliche Politik charakterisiert. Man versucht dem Volk dieses und ähnliches immer wieder einzureden, obwohl zwischen Theorie und Praxis der Papenheimer ein Unterschied besteht wie Tag und Nacht. Schliesslich sollte jede "christliche Politik" Offenheit, Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe zur Voraussetzung haben. Und was sehen wir?

Am 20.Juli hat die Papen-Regierung den Reichspräsidenten durch Notverordnung gegen Preussen folgendes verfügen lassen :

"Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preussen folgendes:

§ 1. Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preussen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus."

Diese Verordnung hat Herr von Papen bezw. sein Stellvertreter innerhalb zwei Tagen durchgeführt. Sie haben sämtliche preussischen Minister ihres Amtes enthoben, ihre Dienstgeschäfte übernommen oder andere damit beauftragt. Demgegenüber hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschieden, dass diese Amtsenthebung zu Unrecht erfolgt und verfassungswidrig ist, dass ein Reichskommissar zwar eingesetzt werden kann, aber sich niemals das Recht aneignen darf, Landesregierung zu spielen und sich ihre Vertretung vor den verfassungsmässigen Institutionen anzumassen, wie es Papen und Bracht sowohl gegenüber dem Reichsrat als auch gegenüber dem Landtag getan haben. Insofern steht der Wortlaut der Verordnung vom 20.Juli in diametralem Gegensatz zu dem Spruch des Staatsgerichtshofes. Sie muss also mindestens abgeändert werden.

Die Träger der "grundsätzlich neuen Staatsführung" und christlichen Politik denken darüber jedoch anders. Sie lassen in der rechtsradikalen "Berliner Börsenzeitung" erklären :

"Im Zusammenhang mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig ist die Frage erörtert worden, inwiefern der Reichspräsident als Vollstrecker des Leipziger Urteils verpflichtet sei, Teile der früheren Notverordnung aufzuheben. Hierzu wird von unterrichteter Seite bemerkt, dass die Notverordnung einwandfrei als rechtsgültig bezeichnet worden sei. Auch die übrigen Massnahmen des Reichskommissars in Preussen ständen mit dem Urteil nicht in Widerspruch."

Das heisst, das Urteil des Staatsgerichtshofs vollends auf den Kopf stellen. Der Staatsgerichtshof hat die Verordnung vom 20.Juli mit der Reichsverfassung nur insofern für vereinbar erklärt, als sie den Reichskanzler zum Reichskommissar bestellt und ihn ermächtigt, preussischen Ministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen und sie auf andere zu übertragen. Alles was darüber hinaus in der oben zitierten Verordnung vom 2o.Juli bestimmt wird, hat der Staatsgerichtshof in seinem Urteil und in dessen Begründung ausdrücklich für verfassungswidrig erklärt.

Wenn von massgebender Seite der Papen-Regierung jetzt dennoch so getan wird, als ob sich das Urteil des Staatsgerichtshofes mit der Gewaltaktion gegen die preussische Regierung vereinbare, so mag das zwar der konservativen Gesinnung des Herrenklubs entsprechen, nicht aber der Auffassung, die weite Kreise unsres Volkes von"christlicher Politik" haben. Sie setzt Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit voraus und nicht die Methoden,die jetzt von der "grundsätzlich neuen Staatsführung" an den Tag gelegt werden.

SPD. Halle, 26.Oktober (Eig.Drahtb.)

Landauf, landab verkünden die Kommunisten im Wahlkampf die Parole von der Einheitsfront gegen den Faschismus. In Wahrheit wenden sie aber dieselben Methoden gegen die SPD und ihre Funktionäre an, wie sie die Nazis seit langem belieben. Hier ein neuer Beweis.

Mit Eifer wurde dieser Tage verbreitet, das freigewerkschaftliche Mitglie des Angestelltenrats des Leuna-Werks, Winter, habe von der Direktion 1500 Mark Bestechungsgelder erhalten. Es gelang als Verbreiter dieser gemeinen Wahllüge den nationalsozialistischen Diplomingenieur Klotzsch festzustellen, sodass seine gerichtliche Bestrafung erfolgen wird. Nach den Nazis kommen die Kommunisten mit einer ebenso gemeinen Verleumdung. Im halleschen "Klassenkampf und sicher auch in der gesamten Kommunistenpresse wird der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Walther als Werkspitzel bezeichnet und behauptet, er hätte Kommunisten bei der Werksdirektion denunziert. Um diesen Schwindel glaubhaft zu machen, wird in dem halleschen Kommunistenblatt unter der Ueberschrift "Ein Schwindeldokument" ein angebliches Faksimile eines angeblichen Rundschreibens an sämtliche Werksführer veröffentlicht. In diesem als streng vertrau-

lich bezeichneten Rundschreiben wird behauptet, dass in einzelnen Betrieben kommunistisch eingestellte Werksangehörige Wahlpropaganda betrieben. Diese Verdächtigten sollten wegen Arbeitsmangel unverzüglich entlassen werden. Dieses Rundschreiben ist eine gemeine Fälschung. Die Behauptung über Walther ist eine Lüge.

Nazis und Kozis kämpfen mit den gleichen Methoden gegen die sozialdemokratischen Funktionäre.

SPD. Unsere Enthüllung des verräterischen Charakters des Wahlaufrufs der KPD hat bei der kommunistischen Zentrale Veitstänze hervorgerufen. Aber was gibt es da zu bestreiten? Denn inzwischen geht das Zentralkomitee der KPD mit einem neuen Antrag hausieren, den die Kommunisten im nächsten Reichstag stellen wollen und dessen erster Artikel lautensoll: "Der Versailler Vertrag wird sofort ausser Kraft gesetzt und für null und nichtig erklärt."

Das ist die blödsinnigste nationalistische Aktion, die denkbar ist. Sie ist noch blöder ala alles, was die Nazis auf diesem Gebiete bisher geleistet haben. Es ist eine Lüge gegenüber der Arbeiterklasse, der man erzählen will, dass sie infolge "des räuberischen Diktates von Versailles mit einer zermalmenden Last des Elends bedrückt werde." Es ist eine Verschleierung der Klassenkampfsituation in Deutschland, eine Täuschung der Arbeiterschaft über die Lage über ihre Aufgaben, über die Wege zu ihrer Rettung und Befreiung.

Wie einst Hugenberg predigte: fort mit dem Youngplan, und alles wird besser, so predigt jetzt die Zentrale der KPD: fort mit Versailles, und alles wird besser. Es sind die Methoden politischer Gesundbeter und Volksbetrüger, die damit geübt werden.

Dieser plötzliche Ausbruch nationalbolschewistischen Irrsinns bei der Zentrale der KPD ist aus deutschen Verhältnissen und aus der deutschen Klassenkampflage garnicht zu erklären. Er ist nur erklärlich als Auswirkung eines strikten Befehls, den die Heloten in der KPD-Zentrale von Moskau empfangen haben. Stalin und seine Berater spielen ein wenig Nationalsozidismus, sie blasen in das chauvinistische Feuer, weil sie es für sich für nötig halten und ihre Heloten in Deutschland unterstützen damit hirnlos und sinnlos das Spiel der Nationalisten und Kriegshetzer!

Im Augenblick, wo es gilt, Stoss auf Stoss gegen den Kapitalismus zu führen, lässt die KPD den Kapitalismus verschwinden hinter dem "räuberischen Versailler System". An die Stelle klarer neuzeitlicher Begriffe tritt das Uebel nationalistischer Phrasen. Karl Marx wird zugunsten von Hitler und Hugenberg verleugnet!

Die Sozialdemokratie fordert auf zur sozialistischen Aktion, die KPD aber zum nationalistischen Humbug. Der Unterschied ist klar. Sozialisten marschieren deshalb mit der Sozialdemokratie!

SPD. Mainz, 26.Oktober (Eig.Drahtb.)

Ein kommunistischer Schurkenstreich gegen einen Märtyrer des Kommunismus hat in den kommunistischen Organisationen von Mainz und Umgebung allergrösste Bestürzung hervorgerufen. Seit einigen Wochen wirkte in Mainz im Sinne der Lehren Trotzkis ein sektiererischer Bulgare namens Paul Kunoroff, der ein abenteuerliches und opferreiches Leben imDienste der Arbeiterklasse hinter sich hat. 18 Monate Gefängnis wegen "Aufreizung" gegen die bulgarische Staatssicherheit musste Kunoroff nachdem Kommunistenaufstand vom September 1923 verbüssen, weil er dem kommunistischen Zentralkomitee angehörte. Trotzdem schloss die Kommunisstische Partei Kunoroff aus, weil er im Sinne seines Freundes Trotzki diesen gescheiterten Putsch im Zentralkomitee als "abenteuerlich"

bezeichnet hatte.

Wegen angeblicher Teilnahme an dem berühmten Dynamitattentat gegen das Leben des bulgarischen Königs in der Kathedrale in Sofia wurde Kunoroff im Sommer 1925 angeklagt. Er entzog sich der faschistischen Justiz seines Landes durch die Flucht. Seit 1925 lebt Kunoroff unter den denkbar ärmlichsten Verhältnissen inder Verbannung, zuerst in Österreich, dann in Frankreich und schliesslich in Deutschland. Ein Auslieferungsbegehren der bulgarischen Regierung an Österreich wurde im Jahre 1926 von dem Grossdeutschen Justizminister Dinghofes mit der Begründung abgelehnt, dass die österreichische Justiz nicht zu prüfen habe, ob er schuldig oder unschuldig sei, da selbst im Falle seiner Schuld angesichts seines revolutionären Vorlebens ein politisches Motiv anzunehmen sei. Aus Österreich vertrieben wandte Kunoroff sich nach Frankreich, das ihn wegen einer Rede gegen den Krieg auswies, die er unter freiem Himmel in Paris am 1.August 1931 bei dem kommunistischen Antikriegstag gehalten hatte.

Polizeilich nicht angemeldet wohnte Kunoroff dann mehr als ein Jahr in Frankfurt a.Main und Mainz unter dem falschen Namen Paul Fischer. Er störte hier die Kreise der Kommunistischen Partei durch eine sehr emsige schriftstellerische, organisatorische und rednerische Arbeit. Da Kunoroff den Kommunisten allzu unbequem wurde, haben sie sich dieses Mannes auf eine Weise entledigt, deren Gemeinheit nicht zu überbieten ist. Ein grosser Artikel der Frankfurter kommunistischen "Arbeiter-Zeitung" beschäftigte sich vor einigen Tagen mit diesem Gegner der Kommunistischen Partei. In der zweispaltigen Ueberschrift "Kunoroff alias Paul Fischer" denunzierte sie ihn also Herrn Bracht. Im Stil eines Schulaufsatzes wurde aufgezählt, dass es drei Sorten von Agenten des Klassenfeindes gebe, nämlich Nazis, Sozialdemokraten und Trotzkisten vom Schlage Kunoroffs, der sichseit 3/4 Jahren in Frankfurt und Mainz "herumtreibe". Die Kommunistische Partei, die den Trotzkisten oft Einheitsfront mit Severing vorwarf, hat mit ihrer Denunziation ihr Ziel erreicht! Haussuchungen in Mainz und Frankfurt haben stattgefunden, Kunoroff musste wieder ins Ausland flüchten.

Diese Niedertracht der Kommunisten gegen einen Revolutionär, dessen politische Arbeit wir für zwecklos und schädlich halten, aber an dessen Gesinnungsreinheit auch die Kommunisten nichts auszusetzen wagen, hat ihnen, weil Kunoroff sehr bekannt und auch von politischen Gegnern hochgeachtet wird, hier ungeheuer geschadet. Die menschliche Schäbigkeit der kommunistischen Bezirksleitung, die diese Aktion von langer Hand vorbereitet hat, "Material" zu sammeln versuchte aber keines finden konnte, hat allen kommunistischen Arbeitern, die sich ein unbefangenes Urteil bilden dürfen, die Augen geöffnet über die Erbärmlichkeit der Leute, die sich Bezirksleitung der Kommunisten für Hessen-Frankfurt nennen.

SPD. Die preussische Staatsregierung hatte zu Mittwoch-Abend die Vertreter der Berliner Presse zu sich gebeten. An der überaus stark besuchten Konferenz nahmen der preussische Ministerpräsident Otto Braun und Wohlfahrtsminister Hirtsiefer teil. Zunächst nahm nach einleitenden Ausführungen des Ministerpräsidenten der Vertreter der Klage Preussens gegen das Reich in Leipzig, Ministerialdirektor Brecht, das Wort:

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs hat Deutschland den Ruf, ein Rechtsstaat zu sein, nicht genommen. Das Schwergewicht der Entscheidung liegt darin, dass sie zwar von einer Entziehung von Machtbefugnissen der Minister durch Einsetzung eines Reichskommissars spricht, aber nicht wie die Verordnung vom 20.Juli von der Entziehung "der" oder "aller" Machtbefugnisse. Auch spricht die Leipziger Entscheidung nur von einer vorübergehenden Entziehung von Machtbefugnissen, was die erwähnte Verordnung nicht getan hat. Ferner ist in dem Urteil von einer Führung der Ministerien nicht mehr die Rede, denn es stellt

fest, dass die Landesregierung nicht beseitigt werden kann. Aus alledem ergibt sich, dass die Verordnung vom 20.Juli mit der Reichsverfassung nicht im Einvernehmen steht. Das Urteil erklärt, dass die Verordnung der Reichsverfassung nur entspricht, soweit sie sich auf Artikel 48,2 stützt, also nicht auch soweit sie Massnahmen enthält, die auf Artikel 48,2 nicht gestützt werden können.

Nicht nur allgemein, sondern spezialisiert, stellt das Leipziger Urteil fest, dass die Vorwürfe einer Pflichtverletzung Preussens unberechtigt sind. Das ist das wichtigste für Preussen und für Deutschland überhaupt. Das Reich fürchtete mit Artikel 48,1 nicht durchzukommen und musste daher versuchen, eine Pflichtverletzung darzulegen. Je stärker das geschah, desto stärker mussten wir dagegenankämpfen. Nun aber, nach der Entscheidung, muss das vergessen werden und es sollten derartige Streitigkeiten zwischen dem Reich und seinem grössten Lande überhaupt nicht wieder vorkommen.

Die ständige Ansicht des Reichsgerichts, dass mit dem Artikel 48 nicht in die Hoheitsrechte der Länder eingegriffen werden kann, hat der Staatsgerichtshof aufrecht erhalten. Während das Reich erklärte, der Reichskommissar sei die Landesregierung, hat Preussen betont, dass er immer Organ des Reiches bleibt, welches zwar die Zuständigkeiten der Länder zusammenpressen aber nicht aufheben oder beseitigen kann. Dem hat der Staatsgerichtshof am Schluss seiner Begründung zugestimmt: im Namen des Landes hat nur die Landesregierung zu sprechen, niemals aber ein Reichskommissar, wenn auch zeitweise Zuständigkeiten der Landesregierung auf ihn übertragen sind.

Bei einer Reichsexekution wegen Pflichtverletzung eines Landes nach Artikel 48,1 hat das schuldige Land die Kosten zu tragen, bei Massnahmen nach Artikel 48,2 dagegen das Reich. Damit beantwortet sich auch die Frage, was aus der Tatsache wird, dass inzwischen zwei oder drei Ministerialdirektoren zuviel ernannt worden sind.

Ministerpräsident Braun - zu dessen Ehren sich die Konferenz erhoben hatte, als er den Saal betrat - führte u.a. aus :

Es liegt im Interesse des Landes, sich auf den Rechtsboden dieses Urteils zu stellen und an seiner loyalen Ausführung sachlich mitzuarbeiten. Durch die Zurückweisung des infamierenden Vorwurfs der Pflichtverletzung Preussens gegenüber dem Reich ist die Atmosphäre etwas gereinigt und die Möglichkeit gegeben die notwendige Neuregelung zu treffen. Verwirrung ist nicht durch das Urteil geschaffen, sondern durch die Verordnung vom 20.Juli. Der Staatsgerichtshof hat versucht, anstelle dieser Verwirrung eine klare Rechtslage zu stellen. Wenn ihm das nicht ganz gelungen ist, dürfen wir ihn nicht kritisieren, sondern müssen an den Ausgangspunkt dieser Verwirrung zurückkehren.

Ich will nicht darauf eingehen, ob die Voraussetzungen zu einem derartigen Vorgehen bestanden haben und ob es nicht zweckmässig gewesen wäre, dass der Reichspräsident, ehe er solche durchgreifende Massnahmen erliess, wie auch früher mich zu sich gebeten und mit mir die Dinge durchgesprochen, sondern derartig einschneidende Massnahmen gegen die preussische Staatsregierung erlassen hat, ohne vorher den Versuch gemacht zu haben, mit dem verantwortlichen preussischen Minister Fühlung zu nehmen.

Als geschäftsführendes Ministerium sind wir nach der Verfassung verpflichtet, die Geschäfte des Landes zu führen, bis uns eine vom Landtag gewählte Regierung ablöst. Die Begründung der Verordnung vom 20.Juli mit dem "nur" geschäftsführenden Charakter der Regierung geht fehl. Mir und meinen Kollegen wäre nichts lieber, als wenn der Landtag seine Pflicht erfüllte und eine Regierung wählte. Solange er das nicht tut, müssen wir gemäss der Verfassung die Geschäfte weiterführen.

Nun erklärt der Staatsgerichtshof uns zur Landesregierung, die die Hoheitsinteressen Preussens zu vertreten hat und zwar gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat, dem Reichstag und dem Reichsrat, sowie auch der Öffentlichkeit und dem Reich gegenüber. Die Exekutive oder die Amtsbefugnisse hat der Reichs-

kommissar für sich in Anspruch genommen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten. Es wird sehr schwer sein, diese Abgrenzung praktisch durchzuführen. Das Staatsministerium wird nichts tun, um die Regelung auf Grund des Urteils zu erschweren. Wenn einzelne Zeitungen durchblicken lassen, der Reichskommissar habe das Geld, die Beamten und den Apparat, also könne die gesetzliche Regierung nichts machen, so wird damit bei den verantwortlichen Reichsstellen eine Böswilligkeit vorausgesetzt, die ich der Reichsregierung nicht unterstellen möchte. Ich bin der Auffassung, dass die Reichsregierung ebenso wie die Landesregierung das Urteil respektieren und bemüht sein wird und muss, im Interesse des Reiches und Preussens einen Ausgleich zu finden.

Gewiss besteht eine Reihe Schwierigkeiten, Kleine Anfragen aus dem Landta soll die Staatsregierung beantworten. Wie könnten wir das, ohne dass uns der Beamtenapparat und die Akten zur Verfügung gestellt werden? Die Verfassung verpflichtet uns, der Staatsrat allmonatlich Auskunft über die laufenden Geschäfte zu geben. Wie sollen wir das durchführen, wenn der Kommissar die Akten für sich nimmt und uns sitzen lässt und nicht informiert? Wir sollen unsere Reichsratsvertreter für die Stellungnahmen zu den Vorlagender Reichsregierun; instruieren. Wie sollen wir das machen, wenn uns nicht die Sachbearbeiter zur Verfügung stehen, um uns zu informieren? Preussen und das Reich müssen also einen Modus finden, der ein reibungsloses Arbeiten gewährleistet. Die Reichsregierung wird sich ernstlich fragen müssen, in welchem Umfange und wie lange nochsich die Zustände und Massnahmen aufrecht erhalten lassen, die auf Grund der Verordnung vom 20.Juli geschaffen worden sind. Uebrigens haben wir Ruhe und Ordnung mindestens in demselben Masse aufrecht erhaltenwie der Reichskommissar, wir sind aber ohne Zuchthausverordnung ausgekommen. Ich sehe allerdings nicht ein, warum zur Sicherung der Ordnung und Ruhe z.B. dem Landwirtschaftsminister die Stierkörung und die Bullenprämierung, warum dem Handelsminister die Porzellanmanufaktur und dem Finanzminister das Katasterwesen oder mir die Verwaltung der Archive, der alten Akten des Grossen Kurfürsten und Friedrich des Grossen, entzogen werden mussten. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Staatsregierung ist bereit, loyal und sachlich, zum Besten des Reiches und Preussens, an der Lösung all dieser Fragen mitzuwirken. Was die Reichsreform anbelangt, so ist allbekannt, dass ich stets darauf bedacht gewesen bin, dem Reiche nicht unnötig Schwierigkeiten zu bereiten. Auch gegenüber seinen wechselnden und oft sehr verschiedenartigen Kabinetten war Preussen stets von diesem Bestreben geleitet. Der Weg, den die Reichsregierung durch eine gewaltsame Reichsexekution eingeschlagen hat, die in ihren wesentlichen Teilen jetzt durch den Staatsgerichtshof als verfassungswidrig abgelehnt wurde ist nach meiner Meinung nicht der geeignete Weg zum Besten des Reiches und Preussens und zum Nutzen der ganzen brennenden Reichsreform. Dieser Weg muss so bald wie möglich verlassen, aber daraus die Lehre gezogen werden, dass man gemeinsam etwas Vernünftiges zum Besten beider Teile herbeiführen muss. (Lebhafter Beifall)

SPD. Braunschweig, 26.Oktober (Eig.Dr.)

In einer riesigen Wahlkundgebung der Eisernen Front in Braunschweig befasste sich der preussische Innenminister Severing auch mit dem im Zusammenhang mit seiner Ernennung zum Ehrendoktor der Technischen Hochschule Braunschweig gegen ihn erhobenen Vorwurf. Er gab dazu folgende Erklärung ab:

"In rechtsgerichteten Zeitungen und in Versammlungen der Rechtsparteien wird seit einiger Zeit behauptet, ich hätte für die Verleihung der Doktorwürde der Technischen Hochschule in Braunschweig eine Summe von 20 000 Reichsmark versprochen, die aber nur zu einem kleinen Teil bezahlt worden sei. Die Behauptung ist unwahr. Während meiner Amtstätigkeit als Reichsminister des

Innern ist die Goethe-Lessing-Feier der Stadt Braunschweig und des Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften der Technischen Hochschule aus Mitteln des Reiches unterstützt worden. Es ist selbstverständlich, dass diese Unterstützungen nicht an Bedingungen geknüpft worden sind, die sichauf meine Person beziehen konnten. Als im Februar 1930 einige Braunschweiger Herren im Reichsministerium des Innern vorsprachen, um mit mir wegen Verleihung der Doktorwürde Fühlung zu nehmen, habe ich ihnen vielmehr sagen lassen, dass ich die mir zugedachte Ehrung nicht brauche, da mir mein Name auch ohne Doktorschmuck gut genug sei, und habe ferner gebeten, auf den Empfang verzichten zu wollen. Erst später habe ich mich auf wiederholtes Drängen bereit erklärt, die Ehrung anzunehmen unter der Voraussetzug, dass sie zu einem Zeitpunkt erfolge, an dem ich mit materiellen Zuwendungen an Bildungsinstitute nicht mehr in Verbindung gebracht werden könne. Diese Bedingung ist insofern erfüllt worden, als Rektor und Senat der Technischen Hochschule mich nach meinem Ausscheiden aus dem Amt des Reichsinnenministers zum Ehrendoktor ernannt haben, also zu einer Zeit, in der ich auf die Fondsverwaltung des Reichsinnenministeriums keinen Einfluss mehr nehmen konnte. Wenn die in Aussicht genommene Summe für das Braunschweiger Forschungsinstitut nur zum Teil ausgezahlt werden konnte, so ist das im wesentlichen auf die Einsparungen im Reichshaushalt zurückzuführen, die auch vor anderen wichtigen Forschungsinstituten nicht Halt gemacht haben. Jedenfalls weise ich die Unterstellung, als ob ich für mir zugedachte Ehrungen auch nur einen Pfennig ausgeben würde, auf das entschiedenste zurück.

SPD. Als Herr von Papen als neugebackener Zufalls-Kanzler dem Herrenklub entstiegen war, verkündete er, jetzt werde christlich und konservativ regiert. Aber die Taten der Papenregierung sind weder mit Franz von Asisi noch mir irgend einem sozialen Grundsatz christlicher Nächsten- und Menschenliebe zu vereinen. Dass mit dem Hungrigen das Brot geteilt werden und wer zween Mäntel besitzt einen abgeben soll, bis zu diesen Lehrsätzen hat sich die "grundsätzlich neue Staatsführung" noch nicht durchgelesen. Nur eine Verheissung ist bisher in Erfüllung gegangen: "der Abbau des Wohlfahrtsstaates". So kann kein noch so verächtliches Gerede über "das Parteiensystem" und über die Parteiwirtschaft verdecken, dass jetzt gegen das Volk regiert und den Herrenreitern ein voller Tisch gedeckt wird.

Aber hat ebenderselbe Herr von Papen, der sich heute so laut an die Brust klopft, auch damals dergleichen getan, als er selbst der Nutzniesser des Parteisystems mit solchem Erfolg gewesen ist, dass er es gar nicht oft und viel genug sein konnte? Wo war denn seine Weisheit und sein Mut als er viele Jahre als Zentrumsabgeordneter im preussischen Landtag sass? Allerdings nur ein kleiner, denn irgendwelche Grösse und irgend ein Redetalent konnten damals seine Kollegen nicht bei ihm entdecken. Damals war Herr von Papen bereit, seine heute von ihm so viel gepriesene "konservative Staatsgesinnung" für das Amt des preussischen Gesandten als Opfer auf den Altar des Parteisystems von Weimar zu legen.

Und wo war Herr von Papen mit seiner grundsätzlich neuen und konservative Staatsführung in seiner Eigenschaft als Aktienbesitzer der "Germania"? Damals war er bereit für den Posten des Preussischen Gesandten in München die Aktien der "Germania" zu veräussern, auf eine redaktionelle Einflussnahme in konservativem Sinn zu verzichten und sein Aktienpaket dem Zentrum "als Systempartei" restlos auszuliefern. Um eines Postens willen war er entschlossen mit vollen Segeln in das Lager der Systemparteien überzusiedeln.

Und wo, Herr von Papen, war damals der heute so sehr gepriesene Mut zur Unpopularität, als Sie als Zentrumsabgeordneter im Auftrage der Zentrumsfraktion im Preussischen Landtag eine Rede über das Saargebiet halten sollt

ten? Damals lehnte es der Nachfolger Bismarcks, wie sich Herr von Papen einmal nannte, ab für das Saargebiet von der preussischen Parlamentstribüne einzutreten, weil er "Verwandte" an der Saar wohnen hat, denen das schaden könne.

Das ist Herr von Papen von früher und heute. Das ist Herr von Papen, der bei jeder Gelegenheit über die "Systemparteien" herfällt und doch so gern zu ihnen gezählt hätte wenn es sich gelohnt haben würde. Das ist Herr von Papen mit dem grossen Mut zur Unpopularität, der dort aufhört, wo die Sache brenzlich wird und keine Bajonette zur Verfügung stehen. Dieser Herr von Pape ist kein grosser Geist. Er ist ein gewöhnlicher Sterblicher, früher für Zeitungssubventionen nicht weniger empfänglich als andere Sterbliche....

SPD. London, 26.Oktober (Eig.Draht .)

Die aus allen Teilen Englands auf London zuströmenden Hungerdemonstranten deren Zahl auf 2000 geschätzt wird, treffen zum grossen Teil in der Nacht zum Donnerstag in der Hauptstadt ein. Sie werden in den kommenden Tagen demonstrieren gegen die geringe Höhe der Arbeitslosenunterstützung, vor allem aber gegen den Bedürftigkeits-Nachweis. Die Londoner Polizei hat grosse Vorbereitungen getroffen, um unliebsame Zwischenfälle von vornherein unmöglich zu machen.

Der Abgeordnete der Unabhängigen Labour-Party McGovern beantragte, dass eine Delegation der Demonstranten vor dem Unterhaus die Forderungen der Arbeitslosen vortragen könne. Dazu wird es schwerlich kommen. Aber das Parlament wird sichohnedies am Donnerstag mit einer neuen Vorlage zur Abänderung des Verfahrens bei Anwedung des Bedürftigkeits-Nachweises befassen. Dass der Grundsatz des Bedürftigkeits-Nachweises beibehalten werden wird, ist kaum zweifelhaft. Die Labour-Party, deren Misstrauensantrag gegen die Regierung inzwischen mit 462 gegen 55 Stimmen abgelehnt wurde, wird jede Form des Bedürftigkeitsnachweises im Parlament bekämpfen.

SPD. Der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht hatte am Mittwoch-Abend im Auftrag der preussischen Staatsregierung eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichspräsidenten. Die Unterredung galt der Ausführung des Leipziger Urteils.

SPD. Hamburg, 26.Oktober (Eig.Drahtb.)

Im Stadtteil Eilbeck haben die Nazis eine deutschnationale Versammlung durch Stinkbomben gesprengt. Mit dem Ruf "Hugenberg verrecke" machte die SA dann einen Sturmangriff auf den schwarz-weiss-roten Saalschutz. Die Schlägereien setzten sich aufder Strasse fort, wobei die SA auch die Polizei angriff. Erst als grosse Polizeiverstärkungen eintrafen, konnten die Kämpfenden getrennt und auseinandergejagt werden. Einige Nazis wurden verhaftet.

SPD. Wien, 26.Oktober (Eig.Drahtb.)

An der Wiener Universität kam es am Mittwoch zu blutigen Zusammenstössen. Nazi-Studenten, die mit Gummiknüppeln und Totschlägern versehen waren, überfielen sozialistische Studentenund schlugen sie nieder. 15 Studenten wurden schwer verletzt. Schliesslich wurde die Universität geräumt und gesperrt.

SPD. Karlsruhe, 26.Oktober (Eig.Dr.)

Die badische Regierung teilt mit: Das Urteil des Staatsgerichtshofes in der Streitsache Preussen-Bayern-Baden gegen das Reich hat in den Kreisen der Badischen Regierung lebhafte Befriedigung erweckt. Wenn sich auch das Urteil rein formal die Anträge der Länder Bayern und Baden nicht zu eigen gemacht hat, so erkennt es doch nicht nur prozessual in einem wichtigen Punkte die Antragsbefugnis dieser Länder a , sondern es nimmt darüber hinaus auch in den für Bayern und Baden entscheidenden Fragen sachlich in einer Weise Stellung, die durchaus der von diesen Ländern vertretenen Auffassung entspricht.

Das Urteil bringt zum Ausdruck, dass die Einsetzung eines Reichskommissars auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung nur in der Weise erfolgen durfte, dass der Reichskommissar neben die Landesregierung tritt, dass diese Landesregierung als zwar für gewisse Vollzugsbefugnisse beiseite geschoben werden, niemals aber völlig ihres Amtes enthoben werden könne. Auch eine Beiseiteschiebung ist dort nicht möglich, wo es sich um die Vertretung des Landes gegenüber dem Reich, gegenüber den parlamentarischen Körperschaften eines Landes oder gegenüber anderen Ländern handelt. Diese Befugnisse, die man auch als das bundesstaatliche Minimum bezeichnen kann, verbleiben vielmehr auch nach Auffassung des taatsgerichtshofes der Landesregierung. Gerade die Entziehung der Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten und die damit verbundene Gefahr der Mundtotmachung eines Landes hatte aber dem Lande Baden Anlass gegeben, sich klagend an den Staatsgerichtshof zu wenden.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist auf den Einzelfall abgestellt und spricht nicht - wie es die Länder Bayern und Baden gewünscht hätten - ausdrücklich aus, dass die für unzulässig erklärten Massnahmen niemals und unter keinen Umständen getroffen werden dürfen, wie sie ja auch, soweit sich aus den bisher vorliegenden Mitteilungen übersehen lässt, die Grenzen der aus Artikel 48 Absatz 1 folgenden Befugnisse eines Reichskommissars nicht ausdrücklich in den Kreis der Erörterungen zieht, weil sie die Voraussetzungen dieses Absatzes im Falle Preussen überhaupt verneint hat. Bei der Autorität und der gro en präjudiziellen Bedeutung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird man indessen auch in der vorliegenden Form des Urteils eine starke Stütze für die Wahrung der bundesstaatlichen Rechte auch im Falle eines Konfliktes mit dem Reich erblicken dürfen.

SPD. Als die Gewerkschaften sich am vorletzten Mittwoch mit dem Wirtschaf plan der Reichsregierung auseinandersetzten und vor allem gegen den notverordneten Lohnabbau protestierten, hatten sie den Reichskanzler von Papen eingeladen, an ihrer Tagung teilzunehmen. Der Graf liess sich aber entschuldigen: er habe keine Zeit! Vorher und nachher hatte er aber Zeit, vor den Industriellen und der Landwirtschaft zu sprechen. Er hatte auch am verflossenen Sonntag Zeit, auf einer Berliner Rennbahn zuerscheinen, wo er höchstpersönlich dem Sieger den Ehrenpreis überreichte, ein Gemälde, das den Reichskanzler als Herrenreiter zeigt.

Nun beginnt am Donnerstag in Berlin die grosse Tagung des Deutschen Beamtenbundes. Der Beamtenbund hat selbstverständlich die Reichsregierung höflichs eingeladen, an seiner Tagung teilzunehmen. Das hat der Beamtenbund bisher jeder Regierung gegenüber getan und jede Regierung hat bisher ihre Vertreter entsandt, um sich über die Not und die Sorgen des Berufsbeamtentums zu unterrichten. Die Papen-Regierung scheint darüber anders zu denken. Sie hat die Einladung des Deutschen Beamtenbundes abgelehnt. Die Regierung von Papen wird also auf der Tagung der Berufsbeamten in Berlin nicht vertreten sein.

Für die Gewerkschaften hatte Herr von Papen keine Zeit. Mit Recht sagt man deshalb heute im Lande, dass für die "grundsätzlich neue Staatsführung" des Herrn von Papen der Staatsbürger erst bei dem Unternehmer beginnt. Gegen-

über den Beamten hat man auf die Ausrede, man habe keine Zeit, verzichtet. Den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes, die die Einladung an die Regierung überbrachten, hat der Reichsinnenminister bedeutet, dass es sich für eine autoritäre Regierung nicht schicke, an Beamtentagungen teilzunehmen. Das bisherige gute Verhältnis zwischen den Organisationen des Berufsbeamtentums und der Reichsregierung müsse aufhören; es ginge nicht, dass sich die Regierung mit Vertretern der Berufsbeamtenorganisationen als Gleichberechtigte an einen Tisch setze. Der Beamte sei für die autoritäre Regierung Objekt.

Wir brauchen diese Auffassung wohl nicht zu kommentieren. Jeder Beamte wird nach dieser Erklärung wissen, woran er ist und was die Glocke geschlagen hat. Gelegenheit, der Regierung eindringlich klar zu machen, dass dieser "Objektkurs" nicht mehr in unsere Zeit passt, bietet sich am 6. November.

SPD. Dresden, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die sächsische Regierung nimmt zu dem Leipziger Urteil zwar nicht offiziell Stellung, sie lässt aber durchblicken, dass sie das Urteil doch als einen wesentlichen Fortschritt insofern betrachte, als es die Kompetenzen des Reichs und der Länder schärfer gegeneinander abgrenze. Sie will im übrigen nicht offiziell Stellung nehmen solange nicht der Wortlaut des Urteils vorliegt. Aber auch sie glaubt, dass sich aus dem Urteil in der Praxis noch manche Schwierigkeiten ergeben dürften.

SPD. Dem Klepper-Ausschuss des Preussischen Landtags sitzt ein deutschnationaler Abgeordneter vor, der alles andere als eine Zierde der Objektivität ist. Dieser Mann heisst Zubke, stammt aus Köslin, ist von Beruf Rechtsanwalt und ist, da er deutschnational ist, im Sinne der "neuen Staatsführung" selbstverständlich "überparteilich". Wie "überparteilich", das hat er dieser Tage in der Kösliner Stadtverordneten-Versammlung gezeigt.

Zubke erklärte u.a., dass "die Verhandlungen des Klepperausschusses auf die Korruption der SPD und ihres Herrn Klepper ein ganz eigentümliches Licht geworfen" hätten. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem Reinigungsfanatiker Zubke sofort erwidert, dass es ein merkwürdiger Vorgang sei, wenn der Vorsitzende des Klepperausschusses während eines schwebenden Verfahrens ein derartiges Urteil abgebe. Zubke habe den Ausschuss selbst vor einigen Tagen bis nach den Reichstagswahlen vertagt und müsse wissen, dass die von ihm erhobenen Vorwürfe unberechtigt seien. Zubke nahm seine Anschuldigungen in der Sitzung trotzdem nicht zurück. Das war anscheinend unter der Würde dieses deutschnationalen Reinigungsfanatikers. Aber persönlich erklärte er dem sozialdemokratischen Sprecher still und leise, dass er nicht gewusst habe, dass Klepper kein Sozialdemokrat sei.

Zubke hat sich damit für das Amt des Vorsitzenden des Klepperausschusses als besonders "geeignet" erwiesen. Dieser deutschnationale Vorsitzende - wir gönnen ihn Herrn Hugenberg von ganzem Herzen - ist zwar Rechtsanwalt, aber davon, dass es unzulässig ist in ein schwebendes Verfahren einzugreifen und er als Vorsitzender eines Ausschusses mit seinen öffentlichen Urteilen besonders vorsichtig sein muss, hat er ebensowenig Ahnung, wie von den politischen Voraussetzungen, die der Vorsitzende eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu erfüllen hat. Wahrscheinlich schimpft er sich deshalb "überparteilich". So wird seit der "grundsätzlich neuen Staatsführung" immer deutlicher, dass dort, wo Verstand und Begriff fehlen, die "Ueberparteilichkeit" herhalten muss.

SPD. Kiel, 26.Oktober (Eig.Drahtb.).

Im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Mordtaten in Friedrichskoog waren wegen der Ueberfälle auf Reichsbannerleute drei SA-Leute zu Zuchthausstrafen von 1½ bis 2 Jahren verurteilt worden. Bis auf einen, der sofort verhaftet werden konnte, sind die übrigen geflüchtet. Mehrere Angeklagte waren zu Gefängnisstrafen von 4 bis 10 Monaten verurteilt worden. Auch sie sind verschwunden. In den Nazikreisen an der Westküste erzählt man sich jetzt, dass die geflüchteten SA-Leute sich teils im Naziparadies Oldenburg, teils in Mecklenburg befinden. Die Bemühungen der Staatsanwaltschaft, die ebenso feige wie gewalttätigen Burschen in die Gefängnisse zu bringen, sind bisher ergebnislos geblieben.

SPD. Der Vorsitzende der Barons-Regierung beschwert sich dauernd über den Vorwurf, dass die Massnahmen der Adelsregierung eine einseitige Begünstigung der Unternehmer enthalten. Dieser Vorwurf sei unberechtigt, man wolle dem ganzen deutschen Volke helfen. Es gehört schon eine grosse Portion Eigenlob und Ueberheblichkeit zu einer solchen Auffassung. Sieht doch jedermann, dass seit dem Antritt der Papen-Regierung alle neuen Lasten den unteren Volksschichten aufgebürdet wurden, aber alle Vorteile den oberen zugute kamen.

Wenn die Tätigkeit der Regierung Papen von Tag zu Tag kritischer beurteilt wird, so trägt sie selbst die Schuld daran. Man hat entdeckt, dass Herr von Papen Adolf Hitler auffallend ähnelt. Auch er verspricht viel und hält wenig. Das beste Beispiel dafür ist seine Ankündigung, er werde endgültig Schluss machen mit den dauernden Erhöhungen der Steuern. Alle Schichten des Volkes seien steuerlich überbelastet. Die Steuern dürften nicht erhöht, sie müssten ermässigt werden.

Die Regierung Papen hat dieses Versprechen nicht gehalten. Das würde man ihr vielleicht noch verziehen haben, wenn sie das Bestreben gezeigt hätte, notwendige im Interesse des ganzen Volkes unvermeidbare Lasten gerecht zu verteilen. Aber nicht einmal davon kann die Rede sein. Die erste Tat der Regierung Papen war die Notverordnung vom 14.Juni mit den drakonischen Unterstützungskürzungen für Arbeitslose, Sozialrentner und Kriegsbeschädigte. Dieselbe Notverordnung enthielt aber eine Ermässigung der Steuerlasten für die Grossunternehmer, deren Vermögensumlage um volle 100 Millionen herabgesetzt wurde. Gleichzeitig führte man die Umsatzsteuerpflicht für die kleinen Umsätze unter 5000 Mark jährlich wieder ein und suchte durch eine übermässig hohe Salzsteuer den leeren Reichssäckel um volle 70 Millionen aufzufüllen.

Dieser Politik der ungleichmässigen und ungerechten Belastung der verschiedenen Volksteile ist man bisher treu geblieben. Entgegen den ursprünglichen Zusicherungen ist die Bürgersteuer für 1932 nachträglich gewaltig erhöht worden. Der einzelne Steuerpflichtige musste etwa die Hälfte der schon entrichteten Bürgersteuer dazuzahlen, die Neubelastung insgesamt beträgt rund 100 Millionen. Die armen Volksschichten haben davon den allergrössten Teil aufzubringen.

Durch die Festsetzung der Bürgersteuer für das Jahr 1933 wird ebenfalls dafür gesorgt, dass auch die neuen Lasten von den schwächsten Schichten des Volkes getragen werden müssen, obwohl ihr Einkommen durch wiederholte Kürzungen der Löhne, Gehälter und Unterstützungen kaum noch den bescheidensten Ansprüchen genügt. Die unsoziale Wirkung geht von der Bestimmung aus, dass nur diejenigen Gemeinden Anspruch auf Reichshilfe für Erwerbslose haben, die den Steuersatz bei der Bürgersteuer auf mindestens 500 Prozent festsetzen. Das bedeutet, dass Gemeinden mit einer überdurchschnittlichen Zahl von Arbeitslosen Not und Elend nochdurch ungewöhnlich hohe Bürgersteuern verschärfen müssen.

Schon jetzt ist die Zahl der Gemeinde sehr beträchtlich, in denen die Bürgersteuerzuschläge 500 Prozent und mehr betragen. Denn wo die Gemeinde-

behörden und Gemeindeverwaltungen sich weigern, ihren Bürgern eine so harte und drückende und vielfach uneinziehbare neue Belastung aufzuerlegen, da wird sie von den Aufsichtsbehörden diktiert. Sie muss dann durchgeführt werden, wenn nicht die Zahlungen an Erwerbslose und Wohlfahrtsunterstützte zur Einstellung kommen sollen. Die Bürgersteuer ist dadurch in vielen Fällen drückender geworden als die Belastung durch die Lohnsteuer. Wahrscheinlich wird die Zahl der Fälle nicht gering sein, in denen die Bürgersteuer für das Jahr 1933 höher ist als der Lohn für 2, 3 oder 4 Wochen Arbeit.

Wer sich wundert, dass dieser Zustand Zorn, Entrüstung und Erbitterung hervorruft, der weiss nicht mit welchen Sorgen auch der noch in Beschäftigung stehende Arbeiter und Angestellte sich jeden Tag aufs neue abquälen muss. Und wenn nun gar hinzutritt, dass den Unternehmern für die nicht einmal von ihen aufgebrachten Steuern - wie z.B. für die Umsatzsteuer, die der Konsument zahlt - Steuergutscheine gegeben werden, dann ist durch keinerlei Redensarten der Eindruck bewusster Einseitigkeit und Begünstigung der besitzenden Schichten zu beseitigen.

Die Bürgersteuer ist zum Wahrzeichen der neuen Politik geworden. Auf dem breiten Buckel der Massen des Volkes soll das Wohlergehen für die dünnen Herrenschichten aufgebaut werden. Fort mit dieser Clique.

Wählt Liste 2.

SPD. Paris, 26.Oktober (Eig.Drahtb.)

Wie das "Journal des Débats" meldet, hat die Regierung beschlossen, den 26 500 Tonnen Kreuzer "Dünkirchen", der eine Antwort auf den Panzerkreuzer "Deutschland" sein soll, in Auftrag zu geben.

Der neue Kreuzer war bereits in dem Marinebauprogramm für das Jahr 1931 vvorgesehen, sein Bau war aber im Juni 1931 in der Kammer auf einen Antrag von Loucheur, der von Paul Boncour unterstützt wurde, aufgeschoben worden, da sich die Marineingenieure noch nicht über die Tonnage und den genauen Typ des Schiffes einig gewesen waren. Nachdem der Plan ausgearbeitet worden war, stimmte das Parlament Anfang dieses Jahres bei der Beratung des Marinebudgets den für den Bau notwendigen Krediten zu; abey mit Rücksicht auf den von der Abrüstungskonferenz beschlossenen Rüstungswaffenstillstand war der Bauauftrag nicht erteilt worden. Jetzt soll nach dem "Journal des Débats" Marineminister Leygues derart überzeugende Argumente vorgebracht haben, dass die Notwendigkeit des Baues vom Ministerrat nicht mehr bestritten worden sei.

SPD. Karlsruhe, 26.Oktober (Eig.Drahtb.

Das Karlsruher Amtsgericht verurteilte den nationalsozialistischen Abgeordneten Kraft wegen tätlicher Beleidigung eines Zentrumsabgeordneten zu 100 Mark Geldstrafe. Kraft hatte in einer Landtagssitzung dem Zentrumsabgeordneten eine Ohrfeige versetzt. Kraft wurde ferner wegen Beleidigung des Badischen Landtages zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte den Badischen Landtag in einer öffentlichen Versammlung als einen polizeilich genehmigten groben Unfug bezeichnet.

SPD. Karlsruhe, 26.Oktober (Eig.Drahtb.

Der Parteiausschuss der badischen Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschlossen den von der badischen Regierung in Aussicht genommenen Konkordaten die Zustimmung zu versagen. Die betreffenden Konkordate sind bereits fertiggestellt. Sie bedürfen nur noch der Zustimmung des Landtags.

SPD. Paris, 26. Oktober (Eig.Drahtb.)

Herriot war am Mittwoch Mittag Gast bei einem Essen der englisch- amerikanischen Presse in Paris. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er u.a. ausführte:

"Ich bin überzeugt, dass die Sicherheit Frankreichs die Garantie für die Sicherheit einer ganzen Anzahl von Staaten ist. Wenn wir nicht mit Ueberlegung handelten und nicht vorausschauend wären, würde man uns vielleicht später vorwerfen, dass wir im gegebenen Augenblick nicht das Notwendige haben sagen können. Wenn es sich um das Leben eines Landes handelt, hat man nicht das Recht, sich zu täuschen. Ich habe niemals meine Ideen geändert. Ich bin Demokrat und Pazifist. Dafür habe ich in meinem Leben zahlreiche Beweise gegeben. Heute glaube ich mehr denn jemals, dass das Eintreten für die Wiederversöhnung der Völker die Pflicht eines Politikers ist, der einigen Einfluss besitzt. Daher will ich an der Herstellung des Friedens arbeiten. Aber das ist ein Werk, dass die vertrauensvolle und loyale Zusammenarbeit aller verlangt. Meine Politik, ist die eines Mannes, der den Frieden wünscht, einen Frieden der Realitäten und nicht der Illusionen. Das ist ein Manneswerk, das noch schwieriger als der Krieg zu vollbringen ist. Man wird es nicht durchführen können, wenn man sich die Augen verschleiert. Dieses Werk verlangt Mut und Offenheit. Deshalb will ich auf einem festen Boden bauen, nicht in den Wolken, sondern auf der Erde. Wenn ich für meinen Teil die Völker von der Last der Rüstungen befreien und dazu beitragen kann, sie von jenem Uebel zu heilen, das Furcht heisst, werde ich mein Eintreten für die Wiederversöhnung der Völker bewiesen haben".

SPD. Kein Heil Dir im Siegerkranz ist je so laut erschollen, wie der Krach und das Streitgebrüll im Harzburger Lager. Bisher haben sich die Gerichte nur mit den in der nationalen Front entzweigedroschenen Stuhlbeinen und Schädeln beschäftigt, sowie mit den Klagen Hugenbergs gegen Goebbels wegen unlauteren Wettbewerbs. Seinen Schaden hat dabei der schwarz- weiss- rote Zeitungskönig mit 300.000 Mark beziffert. Jetzt aber ist es ganz ernst geworden. Die obersten Götter und Helden lobebären sind mit klirrendem Schild und wortgewaltigem Donner in die Arena gezogen. Auwi selbst erschien am Dienstag als Nazi- Redner im Sportpalast, und was der edle Prinz dort hören liess, hat das gesamte nationale Lager in solchen Aufruhr versetzt, als tobten dort zehntausend keifende Marktweiber und nicht die Erretter Deutschlands.

Wenn Hitler und die Seinen die Barone und feinen Leute beschimpfen, weil sie die Aemter erschlichen und die Posten vor der Nase weggeschnappt haben, so scheint der jährlich 40.000 Mark- Pensionär von keinen besseren Gefühlen gegen die übrigen Hohenzollern beseelt zu sein. Auwi fühlte sich selbst als Thronanwärter, nachdem er so lange in der Hitler- Armee treu gedient hat. Auwi tobte deshalb im Sportpalast gegen "die feinen Leute", gegen Papen und die Barone, gegen Hindenburg unddie Hohenzollernverwandtschaft, die jetzt mit dem Stahlhelm den Thron für den Helden von Charleville erobern will. Wie Auwi auf die eigene Bande geschimpft hat und was sich im Hause Hohenzollern abspielt, zeigt folgende Erklärung, die der Stahlhelm am Mittwoch der Presse zustellt::

"Seine königl. Hoheit, Prinz August Wilhelm von Preussen, der die finanziellen, materiellen und gesellschaftlichen Vorteile seiner Stellung durchaus in Anspruch nimmt, die er lediglich dem Kampf nationaler Kräfte gegen die Fürstenenteignung zu verdanken hat, hält es für angebracht, in letzter Zeit in öffentlichen Versammlungen, so auch in der Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Berliner Sportpalast den Stahlhelm, insbesondere seine Bundesführung auf das schärfste zu kritisieren. Renegaten- Eifer ist bekannt. Während des vierjährigen Weltkrieges und in der Nachkriegszeit bis 1927 hat der Prinz eine bemerkenswerte Zurückhaltung beobachtet. Im Jahre 1927 kam der Prinz zum Stahlhelm und schwor bei jeder passenden Gelegenheit dem Bundesführer öffent-

lich die Treue. Er verliess trotzdem nach etwa 3 Jahren die Stahlhelm-Bewegung, weil er sich nicht genügend beachtet glaubte, seine Reden und Bilder nicht oft genug in der Stahlhalm- Presse gebracht wurden. Jetzt wirft der Prinz öffentlich dem Stahlhelm Unmoralität vor. Wir empfehlen ihm, sich zunächst einmal mit der Moral der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu beschäftigen, aus der namhafte Mitglieder wegen der unmoralischen Zustände laut öffentlicher Erklärung ausgetreten sind".

Heil Dir im Siegerkranz, Heil den Rittern und Erneuerern Deutschlands! Es sind alles feine Leute und einander wert!

SPD. Bochum, 26. Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Bochumer Polizei hat drei SS- Leute und einen SA- Mann verhaftet, die ein junges Dienstmädchen in die Wohnung eines dieser Burschen gelockt haben und sich dort in der gemeinsten Weise an ihm vergingen. Das Mädchen, dem buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen wurden, hatte sich vergeblich zur Wehr gesetzt. Als Nachbarn aufmerksam wurden, warf man das Mädchen nach Misshandlungen aus dem Hause. Vorher hatte man ihr noch die Geldtasche gestohlen.

SPD. München, 26. Oktober (Eig.Drahtb.)

In Uffenheim bei Rothenburg o.d. Tauber haben Nazileute die Druckerei des "Uffenheimer Tageblattes" durch eine Granate in die Luft gesprengt. Die Explosion erfolgte am Mittwoch Morgen 3 Uhr.

Die Zeitung ist ein nationalistisches Landbund- Organ. Der Besitzer und Verleger des Blattes idt der frühere Nazi- Abgeordnete Wilhelm Holzwarth. Vor zwei Jahren hatte er sich jedoch von Hitler getrennt und war aus der Nazi- Partei ausgetreten. In den letzten Wochen erhält Holzwarth verschiedene Drohbriefe, von denen er angibt, dass sie von Hitler- Leuten geschrieben worden sind. In diesen Briefen wurde dem Abtrünnigen baldige "Abrechnung" angekündigt. Jetzt ist sie erfolgt. Die Täter haben mit einer alten und halbgefüllten Kriegsgranate gearbeitet. Die Explosion war so stark, dass die Schnellpresse und die Druckerei völlig zerstört und die Mauern geborsten sind. Selbst die Mauern der Nachbarhäuser sind geborsten und zeigen grosse Risse. Glücklicherweise sind keine Menschen verletzt oder getötet worden. Auf der Strasse vor der Druckerei hat die Polizei Granatenteile und Zündschnurstücke gefunden. Die Bevölkerung des Städtchens ist in grosser Aufregung.

SPD- Essen, 26. Oktober (Eig.Drahtb.)

Die "Rheinisch- Westfälische Zeitung" teilt mit, dass der Langnam- Verein in Düsseldorf beabsichtigt, bei einem weiteren Anhalten der holländischen Boykottbestrebungen gegenüber deutschen Waren Gegenmassnahmen in Gestalt einer Umleitung des deutschen Durchgangsverkehrs durch Holland vorzubereiten. Der ausserordentlich starke Anteil Deutschlands im Umschlag der holländischen Häfen käme dann Antwerpen zugute. Es wird erklärt, dass die Bildung eines Ausschusses zur Prüfung solcher Möglichkeiten nur eine vorsorgliche Massnahme darstelle, die nach genügendem holländischen Entgegenkommen sofort entfalle.

Rüs aller Welt

Prozess um Mata Hari

Ein holländisches Gericht findet Greta Garbos Darstellung "zu edel".

SPD. Amsterdam, Ende Oktober (Eig.Ber.)

Die Klage der Brüder der Tänzerin Mata Hari, die im Oktober 1917 in Vincennes bei Paris von den Franzosen wegen Spionage zu Gunsten Deutschlands standrechtlich erschossen wurde, ist vom Landgericht Rotterdam abgewiesen worden: Mata Haris Brüder - sie heissen Zelle, die Tänzerin selbst hiess eigentlich Margareta Zelle - hatten das Verbot des Greta Garbo-Films "Mata Hari" verlangt, weil durch ihn das Andenken der Tänzerin geschändet, ihre noch lebende Verwandtschaft aber moralisch und materiell geschädigt werde. Das Gericht hat lange verhandelt und beraten - schliesslich wurde die Klage mit der Begründung abgewiesen, dass Mata Hari in dem gleichnamigen Film durch Greta Garbo noch weitaus edler dargestellt wäre, als sie in Wirklichkeit gewesen sei.

✦

Vor Eintritt in die Verhandlung wurde der Film "Mata Hari" vor allen Mitgliedern des Gerichtshofs, Klägern und Vertretern der Beklagten in einem Rotterdamer Lichtspielhaus aufgeführt. Im Gericht gab anschliessend der Vertreter der Kläger ein fesselndes Bild des Lebens der Mata Hari. Ihre beiden noch lebenden Brüder, die die Klage eingereicht hätten, bekleideten angesehene Funktionen; der Film, der das Ansehen ihrer Schwester herabsetze, müsse sie jedoch schädigen. Zu ihren Lebzeiten habe Mata Hari ihren Brüdern weitgehend Vertrauen geschenkt, wenn sie sich auch sonst als sehr internationale Frau wenig um ihre einfache Familie habe kümmern können. Als ihre Verurteilung zum Tode bekannt geworden sei, habe ihr ältester Bruder vergeblich alles aufgeboten, um ihre Begnadigung zu erwirken; schliesslich habe er nur den Totenschein mit der Bemerkung, dass seine Schwester auf dem Schiessplatz bei Vincennes "gestorben" sei, erhalten. Der Landgerichtspräsident unterbrach hier die Ausführungen mit der kurzen Bemerkung, dass man augenscheinlich die Todesursache zu erwähnen "vergessen" habe.

Der Rechtsanwalt der Kläger erzählte dann, dass Mata Hari mit dem auch beim englischen Hof angesehenen Schotten Mac Leod sehr unglücklich verheiratet gewesen sei; von den beiden Kindern aus dieser Ehe sei ein Knabe schon nach einem Jahre gestorben, während die Tochter der Mata Hari im Jahre 1919, als sie sich nach Indien begeben wollte, verunglückte. Im Jahre 1903 habe sich Mata Hari von ihrem Manne getrennt; im Jahre 1906, als die Tänzerin in Paris schon einen grossen Namen hatte, sei die offizielle Scheidung erfolgt. Mata Haris noch lebender früherer Hausarzt Dr.Roelfsema im Haag habe noch kürzlich erklärt, dass Margareta Zelle "eine weit bessere Frau" geworden wäre, wenn sie einen besseren Mann gehabt hätte. Das letzte Wort über die Schuld oder Unschuld von Mata Hari sei jedenfalls noch nicht gesprochen. Das Urteil wäre in Frankreich zu einer Zeit gefällt worden, als die Deutschen nur 100 Kilometer von Paris entfernt standen; die nötigen Garantien für die Richtigkeit des Urteils seien damals nicht gegeben gewesen.

Für den beklagten Amsterdamer Theaterbesitzer Tuschinski sprach Rechtsanwalt Dr.v.Maastrigt, der den Richter ersuchte, sich nicht für zuständig

zu erklären. Gewiss seien die Kläger Brüder von Mata Hari, aber Mata Hari habe immer ihre Familie verleugnet. Sie behauptete stets, an der Küste von Malabar als Tochter einer malaiischen Tänzerin geboren zu sein, während sie in Leeuwarden als Tochter von Adam Zelle und Antje van der Meulen geboren wurde. Es stehe historisch fest, dass sie eine gefährliche Halbweltdame und Spionin in deutschen Diensten gegen Frankreich gewesen sei. Gerade wer Mata Hari nach dem Film beurteilen sollte, müsste sie sehr sympathisch finden. Der Film enthalte nichts Entehrendes über sie; ausserdem werde die Tänzerin durch Greta Garbo viel schöner dargestellt, als sie in Wirklichkeit gewesen sei.

Ein Vertreter der gleichfalls verklagten Herstellerfirma, der Metro-Goldwyn-Mayer Film Gesellschaft, erklärte, dass dieser Film nicht die biographisch genaue Lebensgeschichte der im Jahre 1876 geborenen Margarete Zelle bilden solle. Hätte man genau das Leben der Tänzerin verfilmen wollen, dann hätte dem Umstande Rechnung getragen werden müssen, dass Mata Hari am Ende ihres Lebens nicht mehr in Salons, sondern in Tingeltangels auftrat. Die Verurteilung wegen Spionage sei zu recht erfolgt; ihre Spionage zu Gunsten der Deutschen sei bekannt geworden, als ihr die Franzosen ihrerseits einen Auftrag zur Spionage erteilen wollten. Uebrigens sei der Name Mata Hari während der Kriegsjahre Gemeingut gewesen. Würde der Film unter einem andern Namen aufgeführt, dann könnten die Kläger überhaupt nichts einwenden.

Das Gericht hielt auf Grund des gegebenen Tatbestandes aus den eingangs erwähnten Gründen diese Kompromisslösung nicht für notwendig.

B.

\+ + +

Bomben in Uffenheim. Auf das Druckereigebäude des "Uffenheimer Tageblatts" in Uffenheim (Mittelfranken) wurde ein Bombenanschlag verübt; es entstand beträchtlicher Materialschade. Am Tatort wurden Granatsplitter und Teile einer Zündschnur gefunden. Man vermutet, dass die Täter Nationalsozialisten sind. Der Besitzer des "Uffenheimer Tageblatts", Wilhelm Holzwarth, war früher nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter, trat vor 2 Jahren aus der NSDAP aus, verhielt sich einige Zeit reserviert und richtete neuerdings scharfe Angriffe gegen die Nationalsozialisten, die ihrerseits wiederholt mit Drohbriefen und Ankündigung einer baldigen "Abrechnung" antworteten. Infolge der durch den Anschlag angerichteten Zerstörung kann das "Uffenheimer Tageblatt" vorläufig nicht erscheinen.

\+ + +

Wunder? Im Berliner Caro-Petschek-Prozess plädierte am Mittwoch der Vertreter des Nebenklägers Dr. Ernst Petschek, Justizrat Dr. Davidsohn. Zu Beginn seiner auf zwei Tage berechneten Ausführungen protestierte der Anwalt - dem u.a. Professor Alsberg antworten wird - gegen den Antrag des Staatsanwalts, der die Freisprechung des Angeklagten Caro verlangt. Justizrat Davidsohn meinte, dass eine Reihe von Wundern geschehen sein müsste, wenn die Angaben des Angeklagten Geheimrat Caro zutreffen sollten. Ein Wunder sei es z.B., dass der Angeklagte die Quittung, von der er früher behauptet habe, dass er sie 1924 vernichtet hatte, gerade zu der Zeit wiederfinde, zu der er sie gebrauchen könnte. Mit solchen Wundern werde von der Gegenseite sehr viel gearbeitet; ihr Wert werde freilich durch zahlreiche Zeugenaussagen entkräftet.

\+ + +

Verkehrsopfer. In Leipzig wurden bei einem Zusammenstoss zwischen Strassenbahn und Auto zwei Personen getötet; eine Person erlitt schwere Verletzungen.

\+ + +

Rätsel im D-Zug. In einem Abteil 3.Klasse des D-Zugs Wiesbaden-Berlin wurde am Mittwoch Morgen kurz vor dem Zielbahnhof ein Reisender besinnungslos und anscheinend vergiftet, ausserdem seiner Barschaft und Papiere beraubt, aufgefunden. Das Berliner Raubdezernat, der Reichsbahnüberwachungsdienst und die Kriminalpolizei in Frankfurt/Main und Wiesbaden sind damit beschäftigt, den merkwürdigen Fall aufzuklären. Es steht noch nicht fest, ob der vorläufig in ein Krankenhaus überführte Reisende das Opfer eines Verbrechens wurde oder ein Simulant ist.

\+ + +

28 Gasvergiftete. Durch Undichtwerden einer Gasleitung bei den nach längerer Pause wieder in Betrieb gesetzten Hochöfen der Maximilianhütte in Rosenberg (Oberpfalz) erlitten 28 Hüttenarbeiter schwere Gasvergiftungen. Lebensgefahr besteht in keinem Falle.

\+ + +

Todesurteil! Das Altmärkische Schwurgericht in Stendal verurteilte am Mittwoch den Tischlermeister und Landwirt Georg Grosse aus Bernebeck Kreis Salzwedel wegen vollendeten Mordes in einem Fall und versuchten Mordes in zwei Fällen zum Tode und fünf Jahren Zuchthaus, ferner zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Grosser suchte am 12.Juli d.J. die Landwirtsfamilie Schulz in Barnebeck auf, mit der er wegen Pachtacker-Angelegenheiten Differenzen hatte. Er traf Frau Schulz in der Küche an und schoss sie nach kurzem Wortwechsel mit einem Revolver nieder. Dann richtete er die Waffe auf den ebenfalls in der Küche anwesenden Sohn und verletzte ihn am Arm. Damit war sein Blutrausch noch nicht gesättigt. Er suchte den 71jährigen Besitzer Schulz auf und schlug so lange auf ihn ein, bis auch dieser blutüberströmt zusammenbrach. Grosser, der im Kriege eine schwere Kopfverletzung erhalten hatte, galt allgemein als ein sehr jähzorniger Mensch.

\+ + +

Olypiade-Vorbereitung. Der Berliner Oberbürgermeister Dr.Sahm hat den städtischen Obermagistratsrat Dr.Liebrecht mit der Vorbereitung der im Jahre 1936 in Berlin stattfindenden Olypiawettkämpfe, insbesondere mit der Führung der notwendigen finanziellen und juristischen Verhandlungen, beauftragt. U.a. wird geplant, das Deutsche Stadion in Berlin-Grunewald so auszubauen, dass in dieser Anlage rund 75 000 bis 100 000 Menschen untergebracht werden können, die meisten davon auf nummerierten Plätzen. Ferner ist im nahen Eichkamp die Errichtung eines "Olympischen Dorfes" beabsichtigt. Die Stadion-Umbaukosten werden auf 3,7 Millionen Mark beziffert; es wird jedoch versichert, dass sich die Ausgabe im Hinblick auf die zu erwartenden Einnahmen rentieren werde.

\+ + +

Nazi als Berufseinbrecher. Das Schöffengericht Weimar verurteilte den wiederholt vorbestraften 51jährigen Walter Döring wegen Einbruchsdiebstahl in 29 Fällen (!) zu 10 Jahren Zuchthaus. Die dem Angeklagten zur Last gelegten Einbrüche sind in den Jahren 1929 bis 1931 verübt worden: Personal in Krankenhäusern bestahl Döring um Schmuck und Ersparnisse; oftmals suchte er Büros heim, deren Patentschlösser er mit einem Bleistreifen zu öffnen verstand, schliesslich spezialisierte er sich auf Mansardenwohnungen. Seine "Arbeit" übte er in verschiedenen deutschen Städten aus, bis ihn in Weimar sein Schicksal ereilte. Um zu beweisen, dass er "ein ehrenhafter Mensch" sei, führte Döring aus, dass er einer grossen politischen Organisation angehöre. Er liess das Gericht nicht lange raten, welche Organisation gemeint sein könne; in einem Atemzuge bekannte er sich zum Antisemitismus, schimpfte er auf die "Berliner Weiss- und Grzesinski-Polizei" und auf "die Hugenberg'schen Zeitungsschmierer". Es scheint hier wieder eine der Blüten des Dritten Reiches in den Staub gesunken zu sein.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Beamten tagen.

Kampf gegen die staatspolitische Deklassierung der Berufsbeamten.

SPD. Am Donnerstag ist nach einer Pause von 2 Jahren der Deutsche Beamtenbund in Berlin wieder zu einer Haupttagung zusammengetreten. Die Tagung fällt in eine äusserst ernste Zeit. Je mehr sich die Regierungen nach rechts entwickeln und je mehr eine uferlose Subventionspolitik für Schwerindustrie und Grosslandwirtschaft zu Lasten der Steuergroschen betrieben wird, desto mehr wächst die Neigung, den Staatsdiener, den Berufsbeamten auf schmale Kost zu setzen, in seine Rechte einzugreifen. Dabei soll sich der Berufsbeamte darüber klar werden, dass die staatspolitische Deklassierung des Beamten, die gerade jetzt wieder von der politischen Reaktion gefordert wird, keine Einzelaktion ist. Sie ist von materieller Wichtigkeit. Dem Beamten, der seine Staatsbürgerrechte eingebüsst hat, kann man ja den Brotkorb viel leichter höher hängen.

In diesem Sinne müssen die Ausführungen des Bundesvorsitzenden Flügel gewertet werden, die er vor der Eröffnung des Beamtenkongresses gegenüber Pressevertretern machte. Flügel wies daraufhin, dass besondere Aufmerksamkeit dem Staatsbürgerrecht der Beamten gewidmet werden müsse. Die wiederholten Versuche und Anregungen, das Staatsbürgerrecht und die Staatsbürgerfreiheit einzuschränken, sei eine ernste, starke Mahnung. In den Bemühungen des Deutschen Beamtenbundes, den Beamten die Vollwertigkeit ihrer staatsbürgerlichen Stellung zu erhalten, sollte der Beamtenbund von jedem Staatsführer nachdrücklichst unterstützt werden; denn der Staat handle gegen elementare Eigeninteressen, wenn er die Staatsbürgerrechte gerade des Teils seines Staatsvolkes beschneidet, der seiner ganzen Stellung nach am meisten dazu verpflichtet und am stärksten daran interessiert ist, dem Staat in allem, was er tut, zu dienen.

Wie die gegenwärtige Reichsregierung zu den Forderungen der Berufsbeamten steht, hat sie klar dokumentiert, indem sie es ablehnte, an der Tagung des Deutschen Beamtenbundes teilzunehmen. Die Regierung betrachtet die Beamten ausschliesslich als "Objekt der Gesetzgebung".

\+ + +

Der Deutsche Beamtenbund legt anlässlich seiner Berliner Haupttagung einen Geschäftsbericht für die Jahre 1930 bis 1932 vor. In ihm wird nachgewiesen, dass die Beamten in der Zeit vom 1. Juni 1930 bis Juni 1932 fünf mal gewaltsamen Gehaltskürzungen (in einem Betrag von 2,5 Milliarden pro Jahr) unterworfen waren. Diese Gehaltsabzüge wurden in fortschreitend sich steigernder Wirkung durch Notverordnungen verfügt und führten zu der Tatsache, dass die Beamten im Durchschnitt gegenwärtig allgemeine Einkommenskürzungen von 19 bis 23 Prozent gegenüber dem Stande der letzten Besoldungsregelung von 1927 zu tragen haben. Dazu treten noch Sonderkürzungen verschiedenster Art, insbesondere bei Länder- und Gemeindebeamten. Wie der Geschäftsbericht hervorhebt, ist die deutsche Beamtenschaft weit davon entfernt, die Schwere und Tragweite der allgemeinen deutschen Wirtschaftskrise und die Notlage der öffentlichen Finanzen zu verkennen, und sie ist von sich aus durchaus bereit, den ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit entsprechenden Anteil zur Entlastung zu tragen. Aber unter der allzu fühlbaren Auswirkung einer Reihe von Notverordnungsmassnahmen, deren hauptsächlichster oder alleiniger

Zweck die Kürzung der Beamtengehälter war, steht die Beamtenschaft doch unter dem Eindruck, dass "die für eine Besserung der öffentlichen Finanzen gegebenen Möglichkeiten von der Regierung in eine gar zu einseitige Beziehung zu den Beamtengehältern gebracht wurden, während die vom Deutschen Beamtenbund gegebenen Anregungen zu einer Finanzgesundung unbeachtet blieben."

In einer mustergültigen Darstellung wird in dem Geschäftsbericht die Schicksalsverbundenheit der deutschen Beamtenschaft mit dem wirtschaftlichen und politischen Allgemeinzustand in Deutschland hervorgehoben. In einer Reihe von Kapiteln, die sich mit Besoldungs=, Personal= und Verwaltungsfragen und dem Beamtenrecht beschäftigen, wird nachgewiesen, wie nachteilig sich die rückschrittliche Allgemeinentwicklung auf die wirtschaftliche und rechtliche Lage der Beamtenschaft ausgewirkt hat. Im ganzen Geschäftsbericht drängt sich die Erkenntnis auf, dass die politische und Sozialreaktion mit dem Arbeiter und Angestellten auch den Beamten trifft.

SPD. Die Verwaltung der Reichsknappschaft ordnete vor einigen Tagen an, am 1. November in der Angestelltenpensionskasse nur 80 % der fälligen Pensionsleistungen auszuzahlen.

Der AfA=Bund hat gegen diese ungesetzliche Massnahme sofort beim Reichsarbeitsministerium Einspruch erhoben und erreicht, dass die Anordnung der Reichsknappschaft zurückgezogen werden musste. Auch das Reichsarbeitsministerium hält das Vorgehen der Reichsknappschaft für rechtlich unzulässig. Es ist bereits eine neue Anweisung dahin ergangen, dass am 1. November die fälligen Leistungen in voller Höhe ausgezahlt werden. Ausserdem werden die im Monat Oktober einbehaltenen Rentenbeträge nachgezahlt.-

Im Laufe des Monats November sollen neue Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Angestelltenpensionskasse stattfinden.

SPD. Der Abwehrkampf der Glasarbeiter bei der Firma H. Heye, Glasmanufaktur in Rosswein/Sa. gegen Anwendung des § 1 der Papen-Notverordnung ist durch einiges und geschlossenes Handeln der Belegschaft nach kurzer Dauer erfolgreich beendet worden. Die Firma hat ihren Aushang zur Durchführung der Notverordnung unter Protest zurückgezogen. Die Belegschaft wird restlos wieder eingestellt. Das Arbeitsverhältnis gilt nicht als unterbrochen.

SPD. Dass die kommunistische RGO dabei ist, auch in solchen Betrieben abzuwirtschaften, die sie einmal unbeschränkt beherrschte, zeigen die Betriebsrätewahlen auf der Zeche Westfalen. Dort erhielt die RGO im März 1931 noch 1 094 Stimmen; sie ging bis Oktober 1932 auf 809 Stimmen zurück. Dagegen konnten die freien Gewerkschaften (Bergbauindustriearbeiterverband) ihre Stimmen von 306 auf 322 steigern. Die Nazis erhielten von 1 607 abgegebenen Stimmen 134.

Der Erfolg muss ein Ansporn ein, den Schwindel der RGO weiter zu entlarven.

Wirtschaft Technik Handel

Sparerschutz.

Die Gründung eines "Volksbundes".

SPD. Zu den mannigfachen Interessengegensätzen, die die moderne Wirtschaft neben dem grossen Klassengegensatz von Besitzenden und Proletariern durchziehen, gehört ohne Zweifel als eine der wichtigsten der Gegensatz zwischen Schuldnern und Gläubigern. Besonders in Zeiten der Krise, des schwankenden Geldwertes, in denen um gesetzgeberische Eingriffe in das Vertragsverhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern gelämpft wird, gewinnt dieser Gegensatz die grösste Bedeutung.

In der modernen kapitalistischen Wirtschaft sind die Schuldner im wesentlichen grosse und kleine Unternehmer, selbständige Landwirte und Gewerbetreibende. Wer als Eigentümer in einem gewissen Umfang über Produktionsmittel verfügt, der kann seine Verfügungsgewalt erweitern durch die Aufnahme fremden Kapitals, durch Schuldenmachen. Die Gläubigerseite ist klassenmässiger viel uneinheitlicher. Zu den Gläubigern gehören grosse Kapitalisten, die Geld ausleihen und von dem Zinsertrag, der in fremden Unternehmen erarbeitet wird, leben. Zu den Gläubigern gehört aber auch die grosse Masse der kleinen Sparer, die Ersparnisse ansammeln zum Schutz gegen Alter und Wechselfälle des Lebens, ohne dass diese Ansammlung von Ersparnissen sie jemals selbst zu Besitzern von Produktionsmitteln macht. Jede organisierte Gruppe von Unternehmern, Gewerbetreibenden, Landwirten wird praktisch in unserer Zeit zu einer Interessenvertretung von Schuldnern. Die Schuldnerfront ist viel geschlossener und deshalb zeitweise viel einflussreicher als die vielfältig gespaltene Front der Gläubiger. Auf der Gläubigerseite sind die Interessen der grossen Gläubiger vielfältig mit den Unternehmerinteressen der grossen Schuldner verknüpft. Am schwersten zur Geltung kommen aber in der Auseinandersetzung zwischen Gläubiger- und Schuldnerinteressen die Massen der kleinen Gläubiger, die Massen des sparenden Volkes aus allen Schichten der Bevölkerung. Diese Ueberlegenheit der Gruppe Unternehmer-Schuldner gegenüber den Sparern hat ihren wildesten Ausdruck in der Inflationszeit gefunden, als starke Schuldnerinteressen dafür wirkten, den Prozess der Geldentwertung vorwärts zu treiben, während die Sparer bis auf kleine Reste, die ihnen als Aufwertung zurückgegeben wurden, ihre Ersparnisse einbüssten. Um diese Ueberlegenheit der Interessenvertretung der Schuldnerseite gegenüber den Sparern einzudämmen, ist soeben in Berlin ein Sparerbund gegründet worden mit dem etwas langatmigen Namen "Volksbund zum Schutz ersparten Vermögens gegen Angriffe auf Vertragsrecht und Währungsrecht". Es ist charakteristisch für die Schwierigkeit, Sparer interessenmässig zusammenzufassen, dass auch dieser neue Organisationsversuch entscheidend für seine Durchführung die Unterstützung der Organisationen der deutschen Kreditwirtschaft, d.h. der Sparkassen, der Banken und der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten bedarf, die ihrerseits ja gleichzeitig als Gläubiger und als Schuldner im Verkehrsleben stehen, aber ihre Vermittlerrolle eben nur dann spielen können, wenn das Vertrauen der Sparer in die Wahrung ihrer Rechte nicht untergraben wird.

Der Aufruf des neuen Sparerbundes, zu dessen Unterstützung sich die öffentlich-rechtlichen und die privaten Spitzenverbände der Kreditwirtschaft

zusammengefunden haben,weist mit Recht darauf hin,dass starke Kräfte seit Beginn der Krise bemüht sind, die Sanierung der Wirtschaft durch schematische und generelle Massnahmen einseitig auf Kosten des mühsam erarbeiteten Sparvermögens herbeizuführen. Das Programm des Volksbundes fordert demgegenüber das Eintreten für Treu und Glauben, für die Wahrung von Verträgen, für gesunde Währung und gegen Entrechtung der Sparer.

Man wird selbstverständlich die Führung dieses Volksbundes und seine Stellungnahme im einzelnen zu beobachten haben,aber jedenfalls ist es zu begrüssen,wenn die Interessen der Sparer, zu denen auch die Versicherten in privater und öffentlicher Alters= und Lebensversicherung gehören,in Zukunft eine stärkere öffentliche Vertretung haben sollen. Denn gerade gegenüber den zahlreichen teils von Schuldnerinteressen,teils von Wirrköpfen ausgehenden Inflationsprojekten kann jede Stärkung der Front im Kampfe für gesunde Währung nur begrüsst werden. Im Kampfe für die einseitige Bevorzugung der Schuldner auf Kosten der Sparer hängen sich die Interessenvertreter der Schuldner oft gern ein antikapitalistisches Mäntelchen um, wie z.B. die Nazi=formel von der "Brechung der Zinsknechtschaft". In Wirklichkeit sind die stärksten Schuldnerinteressen und damit auch die stärksten Inflationsinteressenten auf der Seite des kapitalistischen Unternehmertums und des Grossgrundbesitzes zu finden, während auf der Sparerseite in grossem Umfange proletarische Schichten stehen,deren Ansammlung von Notgroschen durchaus des Schutzes würdig ist und nichts mit einer unberechtigten Bevorzugung kapitalistischen Vermögens zu tun hat. Aus der Erkenntnis dieser Interessenlage heraus können wir dem neuen Volksbund eine klare Führung und Erfolg im Kampfe für gesunde Währung und gegen Sparerentrechtung wünschen.

SPD. Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschäftigt sich mit den Meldungen über die üblichen Wirkungen der deutschen Kontingentierungspolitik auf den deutschen Industriewarenexport und meint dazu lächelnd,die Dinge seien halb so schlimm. Die Kontingentierung müsse nur mit Energie durchgesetzt werden,dann würde sich die Warenausfuhr Deutschlands schon wieder besser gestalten.

Wenn das auch die Auffassung der Reichsregierung ist - leider müssen wir annehmen, dass die Reichsregierung sich von ähnlichen Gesichtspunkten leiten lässt -, dann kann sich ja die deutsche Industrie auf allerlei gefasst machen. Wie die Dinge wirklich liegen,belehrt eine Zusammenstellung, wie die deutschen Autarkiebestrebungen bisher auf die württembergische Industrie gewirkt haben. Dem Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie, Geschäftsstelle Donaueschingen schreibt ein dänischer Kunde folgendes:

"Es ist hier angeordnet,dass alles,was in England zu haben ist, dort gekauft werden muss. Wir haben bisher behauptet,dass Tisch= und Wanduhren nicht in England zu haben waren im rein englischen Fabrikat, aber es zeigt sich jetzt,dass es doch englische Fabrikate gibt. Es wird uns daher wohl nichts anderes übrig bleiben,als auch eine englische Verbindung aufzunehmen, da Sie gar nichts vornehmen, um uns Einfuhrbewilligungen zu verschaffen durch Ihre Organisation oder Ihre Regierung. Von England kann man so viel Einfuhrbewilligung haben,wie wir wünschen".

Wie sich die Dinge in der Praxis auswirken,geht aus der Mitteilung einer Uhrenfabrik hervor, die folgenden Wortlaut hat:

"Ein Abnehmer von uns,der unsere Uhren bisher in sehr grossen Mengen bezogen hat, und von dem uns auch jetzt wieder ein Auftrag auf etwa tausend Stück Uhren vorliegt,annulliert diese Bestellung und schreibt dazu u.a.: "Wir haben nämlich gerade vom Devisenamte die Aufforderung erhalten, Uhren aus der Schweiz zu bestellen,da für reichsdeutsche Uhren Bewilligungen nicht erteilt werden."

Einer württembergischen We kzeug= und Maschinenfabrik wird von ihrer holländischen Vertreterfirma u.a. folgendes geschrieben:

"... Wir haben im letzten Jahre nach allen Richtungen unser Aeusserstes getan, daran mitzuarbeiten, die hier sich immer mehr entwickelnde antideutsche Stimmung so günstig wie möglich zu beeinflussen. Wir müssen aber Ihre ganze Aufmerksamkeit darauf hinlenken, dass, wenn der deutsche Kontingentierungsausschuss keine besseren Vorschläge macht und die deutsche Regierung ihre unglücklichen Kontingentierungen gegen Holland durchsetzen wird, solches bestimmt zu den schärfsten Gegenmassnahmen greifen wird und mit Bestimmtheit damit gerechnet werden kann, dass ein Boykott der Einfuhr von deutschem Eisen, Stahl, Maschinen und technischen Artikeln erlassen wird..."

Eine bedeutende württembergische Spezialmaschinenfabrik veröffentlicht folgende Mitteilung ihres Vertreters aus Schweden:

"Es mehren sich in letzter Zeit immer mehr Stimmen, die energische Gegenmassnahmen vorschlagen gegen die von der deutschen Regierung geführte Handelspolitik. Die hier zurzeit infolge der Anwesenheit des englischen Kronprinzen stattfindende englisch-schwedische Woche trägt auch dazu bei, die Stimmung durch entsprechende Propaganda immer mehr gegen Deutschland zu treiben."

Der Handelskammer Stuttgart liegt über die Abwehrbewegung deutscher Waren in Dänemark folgende Mitteilung aus der Metallwarenfabrikation vor:

"... Wir standen mit den Abnehmern dieses Landes seit Jahrzehnten in lebhafter Geschäftsverbindung und erzielten insbesondere in den letzten Jahren mit den dänischen Kunden bedeutende Umsätze. Durch die Valutavorschriften, die als Gegenmassnahme gegen die Einführung des deutschen Butterzolls ergriffen wurden, ist die Einfuhr unserer Erzeugnisse nach Dänemark vollkommen abgeschnitten."

Eine bedeutende Metallwarenfabrik im Bezirk Stuttgart äussert sich dahin, dass der deutsch=italienische Konflikt

"den beträchtlichen Export, den sie nach diesem Lande hat, wohl in Kürze lahmlegen oder doch zum mindesten ausserordentlich erschweren werden, und die Beschäftigungsaussichten für die Belegschaft erheblich vermindern."

Der Mailänder Vertreter einer Werkzeugmaschinenfabrik schreibt:

"... an massgebender Stelle in Berlin vorstellig zu werden, damit eine Einigung erreicht wird. Jeder Augenblick ist kostbar, damit nicht inzwischen die Wettbewerber anderer Länder, die nicht von solchen Vorschriften betroffen sind, bei der hiesigen Kundschaft ins Geschäft kommen und sich auch für die Zukunft behaupten. In der Handelszeitung "Il Sole" ist ein Artikel erschienen. Der Schlusssatz lautet: "Gibt man sich in Berlin denn wirklich der Illusion hin, dass man in Italien nicht ohne die deutschen Industrieerzeugnisse sein kann oder laufen unsere deutschen Freunde wieder einer neuen Enttäuschung entgegen?"

Eine Firma der chemischen Industrie berichtet, dass die englische und französische Konkurrenz, welche sehr stark sei, die Behinderung der deutschen Ausfuhr nach Italien ausnutzen werde und es dürfte dann später äusserst schwierig sein, nach Beseitigung der italienischen Absperrmassnahmen in Italien wieder ins Geschäft zu kommen.

Das sind nur Zeugen aus einem verhältnismässig kleinen Industriebezirk. Sie geben aber eine Vorstellung, welches Porzellan die gegenwärtige Regierung mit ihrer Kontingentierungspolitik zerteppert. Am 6. November muss mit dieser Politik Schluss gemacht werden. Deshalb wählen wir Liste 2 (Sozialdemokraten).

SPD. Die Bankenbilanzen für Ende September wollen nicht so recht die Hoffnungen auf den Wirtschaftsplan der Reichsregierung stützen.

Ohne Zweifel haben sich während des Monats September Besserungen in vielen Wirtschaftszweigen bemerkbar gemacht, wobei man nicht vergessen darf, dass diese Besserungen nicht mit dem Papenplan, sondern mit den Auswirkungen der Hausse auf den Rohstoffmärkten zusammenhängen. Man kann nur warnen, das Ausmass dieser Besserungen zu überschätzen, wie das ohne Zweifel Vertreter der Reichsregierung in ihren Reden tun. Dass es sich bei diesen Besserungen erst um Anfänge, z.T. ganz geringen Umfangs handelt, geht aus der Entwicklung bei den Banken hervor. Ein Wiedererwachen der Wirtschaft grösseren Stils müsste stärkere Anforderungen an den Kredit der Banken stellen. Nun sind bei Berliner Grossbanken im Laufe des Monats September die Debitoren nur von 4,614 Milliarden Mark auf 4,631 Milliarden Mark gestiegen. Bei den rund 70 deutschen Kreditbanken liegt sogar ein Rückgang von 5,701 Milliarden auf 5,685 Milliarden vor. Noch interessanter ist die Kreditorenseite. Bei den 5 Berliner Grossbanken haben sich die Kreditoren von 7,397 Milliarden auf 7,439 Milliarden erhöht. Bei den gesamten deutschen Kreditbanken liegt eine Steigerung von 9,097 Milliarden auf 9,103 Milliarden vor. Selbst wenn man berücksichtigt, dass den Banken im September Mittel zugeflossen sind, die sie für die Erntebergung hergegeben haben, und wenn man die Rückwanderung von Strumpfgeld in die Banken als wahr unterstellen will, scheint die Steigerung der Kreditoren für unsere Warnung zu sprechen, die Wirtschaftsbesserungen nicht zu überschätzen. Eine andere Einstellung kann nur zu Enttäuschungen führen, die man im Interesse der Wirtschaftsbelebung vermeiden muss.

Pfundsturz hemmt Export.

(Berliner Getreidebörse vom 26.Oktober)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb am Mittwoch die Stimmung weiter schwach. Als neues Baissemoment ist der Rückgang des Sterlingkurs hinzugetreten, der die Ausfuhr von Weizen nahezu völlig unmöglich macht. Auch die inländischen Mühlen zeigten wenig Aufnahmeneigung, sodass bei vermehrtem Angebot der Kurs für prompten Weizen um zwei Mark zurückging. Dagegen konnte prompter Roggen unverändert notiert werden, da Stützungskäufe vorgenommen wurden. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Notierungen für Weizen um zwei bis drei, für Roggen um 1½ bis zwei Mark zurück. Mehl hatte in beiden Sorten sehr stilles Geschäft, wohl sich die Mühlen bei ihren Forderungen entgegenkommend zeigten. Für Hafer lag vermehrtes Angebot vor. Bei geringer Kauflust des Konsums konnten sich auch hier die Preise nicht halten.

	25.10.	26.10.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	194 - 196	192 - 194
Roggen	152 - 154	152 - 154
Braugerste	172 - 182	171 - 181
Futter= und Industriegerste	164 - 171	163 - 170
Hafer	132 - 136	131 - 135
Weizenmehl	24,00 - 27,50	23,75 - 27,25
Roggenmehl	19,50 - 22,00	19,30 - 21,80
Weizenkleie	9,00 - 9,40	9,00 - 9,40
Roggenkleie	8,25 - 8,60	8,25 - 8,60.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 26. Oktober 1932.

Immer nur Märsche.[x]

SPD. Alle meine Nachbarn hören Radio. Nur ich nicht. Das heisst, ich höre es auch, aber ich besitze kein Empfangsgerät. Die Lautsprecher meiner Nachbarn machen ihrem Namen so viel Ehre, dass ich Mitempfänger der in Schallwellen umgewandelten elektrischen Wellen bin. Ob ich will oder nicht. So kommt es, dass auch die Segnungen der neuen Zeit, die für den Rundfunk gekommen sind meine Ohren beglücken, und dass ich täglich die schönsten Militärmärsche zu hören bekomme. Vielleicht würde es nicht mehr lange dauern, bis ich zu der Ueberzeugung käme, dass schneidige Militärmärsche dem Kulturstande des deutschen Volkes ein weit höheres Niveau geben als Symphoniekonzerte oder ähnliche saftloser Kram, der unsern Wehrwillen untergräbt, wenn nicht mein Gedächtnis, dieses im höchsten Grade pazifistisch gesinnte Gedächtnis, meine Wandlung zu einem sogenannten guten Deutschen verhindern würde. Wohl oder übel muss ich mir beim Anhören all dieser schönen Märsche immer etwas denken, obwohl diese Märsche für eine Menschenkategorie geschaffen wurden, derdas Denken verboten war. Und weil ich etwas rebellisch veranlagt bin, denke ich gerade das, was sich nach dem Wunsche der neuen Rundfunkdiktatoren ein Zivilist beim Anhören eines Militärmarsches nicht denken soll.

Da höre ich zum Beispiel den bayerischen Armeemarsch Nummer soundsoviel. Flugs machen meine Gedanken einen Riesensprung nach rückwärts - denn die Rückwärtsbewegung ist grosse Mode geworden - und landen im Jahre 1917 in den Rokitnosümpfen. Auf einer grossen Ebene unweit des erbärmlichen polnischen Nestes Ostrow steht unser Regiment in Paradeaufstellung. In aller Herrgottsfrühe sind wir aus unserm verlausten Lager in den Sümpfen hierher marschiert, um hier vor dem Führer der Heeresgruppe als lebendiger Beweis dafür zu dienen, dass wir den Krieg noch jahrelang aushalten können. Hier stehen wir also in feldmarschmässiger Ausrüstung, während die Sonne in hochsommerlicher Glut auf unsre Stahlhelme brennt, und warten auf den General. Das Warten ist eine sehr schöne Sache, die man nur beim Militär erlernt. Und weil wir scheinbar nicht die genügende Fertigkeit im Warten haben, müssen wir sie erwerben. Warten als Selbstübung anfangen!

Der Sonne, die unablässig ihren Weg geht, scheint diese schöne militärische Uebung unbekannt zu sein. Sie, die Erhalterin alles Lebens auf der Erde, macht uns das Leben allmählich zu einer Qual. Mit mathematischer Genauigkeit zieht sie ihre Bahn am Firmament, und je höher sie steigt, desto schlimmer wird die Gluthitze, die uns peinigt. Plötzlich geht ein Hälserecken durch die Reihen. Ein Infanterist war unter der Hitze und der Last seines Gepäcks zusammengebrochen. Schneller noch als sein Gewehr, das er hatte fallen lassen, stürzte er zu Boden. Sanitäter eilen herbei und tragen ihn hinweg. Kaum sind sie weg, da sinkt ein Andrer zusammen und dann noch Einer. Es ist fast, als sei eine Epidemie ausgebrochen, denn nach einigen Minuten fälle ein Vierter, ein Fünfter, ein Sechster. Die Sanitäter haben alle Hände voll zu tun, denn die Umfallsoldaten müssen den Blicken Se. Exzellenz entzogenwerden, damit kein falsches Bild von dem vorzüglichen Geiste der Truppen entsteht. Die Übrigen aber warten und warten. Es brechen noch Einige zusammen und werden weggetragen, aber wir denken uns schon nicht mehr dabei. Beinahe beneiden wir noch die Opfer dieser Hitze, denn sie haben für einige Zeit Ruhe. Wir aber warten im Sonnenbrande geduldig auf Se. Exzellenz, die vielleicht noch beim Frühstück sitzt, während unser Magen schon in Erwartung des Mittagessens

knurrt.

Endlich - wir warten nun zwei Stunden - ertönt in der Ferne ein Hupensignal, und eine Bewegung geht durch die Reihen. Se. Exzellenz geruht zu erscheinen. Die Regimentsmusik spielt den Präsentiermarsch, während der unförmige dicke General schwerfällig seinemAuto entsteigt und, begleitet von seinem Stabe, die Front abschreitet. Nachdem wir wie Schlachttiere gemustert worden sind, beginnt der Vorbeimarsch bei Sr. Exzellenz. Ohne zu ahnen, dass wir die Vorläufer der Revuegirls sind, werfen wir die Beine in die Luft. Den Takt dazu gibt die Musik mit einem schneidigen Armeemarsch. -

Doch da schnellen meine Gedanken wieder in die Wirklichkeit von heute zurück. So, wie es damals war, soll es bald wieder werden. Nur will man es diesmal etwas gescheiter anfangen. Erst Autarkie, dann Aufrüstung und zuletzt ein frischfröhlicher Krieg - Feinde gibt es ja, genau wie damals, ringsum -, und bald wird das Heer der Arbeitslosen einige Millionen weniger zählen. Ist das nicht ein vorzüglicher Plan? Es könnte nur sein, dass bei der Ausführung dieses Planes einige marxistisch verseuchte Proleten nicht mittun!

Richard Spitznagel.

Die grosse Erbschaft.[x]

SPD, Wo die Elbe ihrer Mündung zu immer breiter wird und, ein grosser, grauer Strom, an den Werften, Kirchen und Häusern kleiner Orte vorüberrauscht, liegt das Blütenland Lühe. Die Deiche durchziehen es viele Kilometer weit; kleine und grosse Gräben durchschneiden den fruchtbaren Boden, und zwischen diesen Wassern und den anmutigen Höhen der Deiche liegen die roten Häuser mit ihren weissen Balken, Strohdächern und farbenfrohen Gärten.

Der Bauer Claus Harm ist alt geworden in seinem Hause, das nicht gerade zu den grössten und schönsten gehört. Er hat glücklich gelebt zwischen den Ernten und seine Kinder gross gezogen. Hans, der einzige Sohn, der ihm nach dem Kriege geblieben ist, wurde immer ein wenig verzogen, als die Mutter noch lebte, und daran liess sich später nichts mehr ändern. Aber er ist mit der Tochter des Bauern Jochen Klahm, mit der stillen und willensstarken Klara, versprochen. Zu Weihnachten wird wohl die Hochzeit sein, und die alten Bauern meinen, dass der Ungebärdige dann wohl mehr von der Landwirtschaft halten wird. Er liebt es, ganze Tage in der Gegend umherzustrolchen, trinkt mit manchen wenig netten Kumpanen in den Schenken und setzt lieber Städter über die Gewässer in seinem kleinen Boot, als im Stall und im Obstlande zu arbeiten. "Man macht sich so mehr dreckig, als es einbringt", sagt er gern und geht stolz umher in seinem schneeweissen Hemde.

Da kommt er doch eines Tages mit rotem Kopfe nach Hause und stürmt in die Stube. "Halloh, Vater!" ruft er durchs Haus und findet ihn schliesslich bei einer Tischlerarbeit im Stalle, "Mensch, war arbeitest du noch! Wir sind reiche Leute!"

"Ooch, Jung!" Der Alte zieht bedächtig an seiner Pfeife. "Was du spintisierst! Man wird doch nicht so einfach reich! Kein Taler schmeckt so gut wie der, für den man mit Schweiss bezahlt hat!"

"Alter, hör zu! Hier steht es: die Erben des im Jahre 1843 nach Amerika ausgewanderten Peter Klüts mögen sich melden. Peter Klüts stammt aus Steinkirchen in Deutschland und hinterlässt als Teilhaber eines Chicagoer Schlachthauses über eine Million Dollar. Da in Chicago keine Erben auffindbar sind, so wenden sich Personen, die Anspruch auf den Nachlass erheben, an.... - folgt eine amerikanische Adresse. - Peter Klüts ist doch mit Mutter verwandt, ein Vetter, und wir sind seine Erben!"

"Jung, du snackst! Da sind noch Klüts in Finkenwärder und welche in

Nienstedten, und wer weiss, wer sich alles melden wird..."

Klara ist herübergekommen, um die Kühe zu melken. Sie hat die Unterhaltung an der offenen Stalltür mit angehört, geht auf Hans zu und legt ihren Arm um seine Schulter. "Wir haben hier doch genug zum Leben, Hans - wollen wir dafür nicht dankbar sein?"

Unwirsch macht er sich los. "Ich fahre selbst nach Chicago. Wollen mal sehen, wer die Million kriegt - und was dann Ihr dazu sagt!"

Kein Zureden hilft, kein Bitten. Hans will seinen Kopf durchsetzen. Jene guten Freunde, die gern auf seine Kosten einen Schnaps trinken, verschaffen ihm eine Hamburger Adresse. Der Geldmann streckt ihm zweitausend Mark vor und lässt sich Sicherheit auf sein späteres Vatererbe gehen. Dem kann nichts passieren, und Hans fährt im schönen neuen Anzuge hinaus in die Welt, um sich das Glück aus Amerika zu holen.

Er kommt nicht nach vier Wochen zurück, wie er es sichgedacht hat. Die amerikanischen Behörden verlangen alle erdenklichen Papiere; es liegen mehr als hundert Anmeldungen aus Deutschland vor, und alle, die Anspruch erheben, sind auf entferntere oder nähere Art mit dem reichen Verblichenen verwandt. Hans hält den Kopf hoch, bis sein Geld zu Ende geht. Dann muss er schreiben. Soll der Vater den Sohn mittellos im fremden Lande lassen? Er geht nach der Sparkasse und holt fast seine ganzen Ersparnisse, um sie dem Jungen zu senden, und wieder schwinden die Monate, Weihnachten kommt, und Klara sitzt allein bei den Alten. Ihr Verlobter hat nicht einmal geschrieben.

\+ + +

Weiss legt sich der Blütenschleier über Deiche und Täler. Der Fremde starrt entzückt auf diese herrliche Pracht und geht langsam den gewohnten Weg. Ist es nicht eine Rückkehr ins Paradies? Um diese Zeit haben die Bauern nicht viel zu tun. Vor dem Hause des alten Claus Harm steht der Kaffeetisch mit der roten Decke in der Sonne, und Klara sitzt mit dem Schwiegervater daran. Das Radio macht Musik. Was hat denn nur Leo, der Schäferhund? Er springt den Deich hinauf und an einem fremden, amerikanisch aussehenden Manne in die Höhe - Klara schreit auf: "Hans!" - und da kommt er auch schon herunter, nimmt seine Braut in die Arme, küsst den alten Vater auf die rauhe Backe und bekommt auch eine Tasse Kaffee und ein Stück Altenländer Puffer.

Niemand fragt ihn nach seinen Erfolgen, und so beginnt er denn bald selbst zu erzählen.

"Ihr hattet recht", sagt er, "es war nichts mit dem Gelde. Es sind noch viele nähere Verwandte da, und am meisten Aussicht haben die, die am meisten für Advokaten ausgeben können. Ich wäre heute noch nicht geheilt, aber einer hat sich schon erschossen, weil sich seine Hoffnungen nicht verwirklichten; alle Andern sind in Hass und Streit geraten - ein Dutzend Menschen leben in Chicago wie die Hunde und warten täglich auf dem Gericht auf die Auszahlung, die noch Jahre dauern kann. Da bin ich also wieder, und Ihr könnt mich auslachen..."

Klara hält nur still seine Hand. Der Vater schmaucht bedachtsam die Pfeife. "Jung", sagt er nur, "du bist doch ein kluger Kerl, dass du als Erster von allen eingesehen hast, wie sinnlos es ist, dem fremden Gelde, das man doch nicht kriegt, noch das eigene hinterherzuwerfen..."

"So fasst du es auf, Alter? Ja, Ihr war't immer zu gut zu mir! Ich habe in der Welt draussen wenigstens etwas gelernt: nichts ist schlimmer, als Monate ohne vernünftiges Schaffen zuzubringen, und darauf zu warten, von Andern reich zuwerden. Und kein Stück Erde ist so schön wie dieses hier, meine Heimat Ich habe noch was gelernt: der Bauer gehört nicht in die grossen Städte, nicht auf die blanken Schiffe. Er stösst überall an mir seinen breiten Schultern und seinem harten Kopfe, und die Andern sind doch gerissener als er. Nur eins können sie ihm ja alle nicht nachmachen, das, was du dein Leben lang getan hast, Vater: die Erde fruchtbar machen! Ich muss jetzt selber wieder verdienen, was ich unnütz hinausgeworfen habe. Da ist dieser blöde Vertrag mit dem

Hamburger. Aber, glaub' mir - jetzt weiss ich, wohin ich gehöre, und Klara hat mir wohl schon verziehen. Oder magst du mich nicht mehr, Mädel?"

"Ich wusste doch immer, dass du dein Wort hältst, Hans, und habe auf dich gewartet! Den Winter über hab' ich fleissig an der Aussteuer genäht..."

Hans trägt nicht mehr das weisseste Hemd. Aber wenn die Blütenzeit da ist, dann zeigen die Obstgärten der Harms die weisseste Pracht, und im Herbst bringen sie die grössten Körbe voll. Klara lacht ihren Mann an und hat ihm verraten, dass sie auch fruchtbar sein wird.....

Peter Bissig.

Das grüne Geländer.[x]

Von Michael Sostschenko.

SPD. Es war Herbst geworden. Die Bausaison neigte sich ihrem Ende zu. In unserem Hause waren kleine Reparaturen ausgeführt, und das Treppengeländer war mit grüner Oelfarbe frisch gestrichen worden. Mit einem vornehmen Dunkelgrün, das leicht rötlich schillerte. Oder schimmerte etwa der alte Anstrich hindurch? Man konnte es nicht feststellen. Aber es machte einen recht guten Eindruck; es wirkte durchaus nicht hässlich. Man war nicht genötigt, instinktiv den Blick abzuwenden.

So war nun das Geländer neu gestrichen. Man hatte seine Freude daran. Der Vorsitzende des Hauskomitees fühlte sich sogar gedrungen, eine kleine Rede zu Ehren des Geländers vom Stapel zu lassen. Aber drei Tage später gingen die Einwohner äusserst verstimmt einher. Das Geländer war noch immer nicht trocken, und die Kinder liefen mit Farbe besudelt durchs Haus. Der Vorsitzende sagte belehrend: "Aber, Genossen, Ihr dürft keine übertriebenen Anforderungen an die Farbe stellen. Geduldet Euch nur; sie wird schon trocknen und dann nicht mehr abfärben."

Die Hausbewohner warteten geduldig. Doch zwei Wochen gingen hin - die Farbe wollte noch immer nicht trocknen. Man liess den Maler kommen. Der Maler untersuchte die Farbe mit der Zunge und erblasste. Dann sagte er: "Es ist eine Farbe wie jede andere auch. Es ist Oelfarbe. Aber ich will Ihnen sagen, weshalb sie nicht trocknet. Sie ist ohne Zweifel mit Leinöl angerührt anstatt mit Olivenöl. Und Leinöl trocknet bekanntlich nicht leicht. Aber es ist trotzdem kein Grund zum Verzweifeln vorhanden. Innerhalb eines Monats wird sie zwar nicht getrocknet sein, aber sie wird sich bis dahin wohl verflüchtigt haben. Allerdings glaube ich nicht, dassdas Geländer grün bleiben wird. Es wird eher hellblau aussehen. Doch es könnte auch sein, dass es grau wird und von Geäder durchzogen."

"O, das wird noch besser sein", sagte der Vorsitzende, "Auf dem Geäderten wird der Schmutz weniger zu bemerken sein."

Von da an hatten die Hausbewohner wieder Freude an ihrem Treppengeländer. Nach einem Monat oder zweien hatten sie die Genugtuung, feststellen zu können, dass die Farbe zu trocknen begann, obgleich, ehrlich gesagt, eigentlich nichts mehr zum Trocknen da war: die Kinder hatten, im Verein mit unerfahrenen Fremden, die ins Haus kamen, allmählich die ganze Farbe an sich aufgenommen. Man muss eben Optimist sein und jeder unerfreulichen Erscheinung helle Seiten abzugewinnen verstehen. Diese Farbe hatte sich zuguterletzt noch als recht tauglich erwiesen und als durchaus vorteilhaft für die wenig bemittelten Hausbewohner. Sie liess sich aufs leichteste wieder aus der Kleidung entfernen. Ja, man brauchte nicht einmal daran zu reiben: sie verflüchtigte sich von selbst.

Der Teufel mag wissen, woraus sie bestanden hatte. Der Schurke von Erfind hielt wohl seine Erfindung aufs strengste geheim. Er mochte freilich allen Gru haben, für die Sicherheit seiner Haut zu fürchten.

Arbeitsloser! Aufgepasst![x]

Deine Existenz ist einfach ein Rechenexempel.
Du läufst zum Nachweis, bekommst deinen Stempel
und holst dir acht Mark, zehn Mark, zwölf Mark die Woche, dein Geld.
Du bist zu nichts nütze; man braucht dich nicht auf der Welt;
nun aber, da du nun doch einmal lebst, hat man dir eine Nümmer gegeben:
Einunddreissigtausend vier siebzehn b - muss von der Wohlfahrt leben -
und nun steht dein Name in einer riesigen Kartothek,
und du hast eine Stempelkarte als Daseinsbeleg.

Du spielst keine Rolle. Doch einunddreissigtausend vier siebzehn b, dein
die steht mit vielen andern in endlosen Kolonnen. /Zahl,
Der Staat beachtet sie, und mit einem Mal
hast du in einer Reihe von Zahlen sein Interesse gewonnen.
Jetzt bist du die grosse Rechenaufgabe des Staats,
jetzt bist du ein Faktor des deutschen Etats,
jetzt addierst du oder wirst addiert,
du wirst zu den andern gereiht, gebucht, verflucht, multipliziert
und bist, in einem Kollektiv von Zahlen versteckt,
ein Millionenobjekt.

Nun kommt der Staat und kürzt die Millionenzahl.
Das Einzelschicksal ist ihm dabei ganz egal.
Das kennt er nicht. Dich kennt er nicht. Er kennt nur einunddreissigtause
/vier siebzehn b,

Die Zahl ist leblos; der tut eine Kürzung nicht weh.
Zehn Prozent - zwanzig Prozent - dreissig Prozent - der Etat wird gesund,
Einunddreissigtausend vier siebzehn b, der Mensch, kommt auf den Hund.
Einunddreissigtausend vier siebzehn b, die Zahl, hält stand.
Deine Existenz ist ein Rechenexempel - Beteiligter unbekannt.

Mensch! Arbeitsloser! Lass dich nicht unterkriegen! Du stehst nicht alle
Reih' dich, Mensch, in die Kolonne der Millionen ein!
Du bist eine Zahl, eine Nummer bloss,
doch die Zahl schwillt an und wird riesengross,
die Zahl ist lebendig, Millionen sind eine Macht.
Hast du daran gedacht!?
Reih' dich ein! Pack an! Gib der Zeit deinen Stempel:
Deine Existenz ist wirklich ein Rechenexempel!

Rudolf Gottschalk.

Fahrt durch Marokko.[x]

SPD. Langsam nähern wir uns Udschda, der Grenzstation zwischen Algerien und Marokko. Niemand hatte geglaubt, dass zwischen diesen beiden Teilen der französischen Kolonieen in Nordafrika ein weiterer Unterschied bestehen würde, als dass Algerien schon hundertjährige Kolonie Frankreichs ist, während sich Marokko noch eine Scheinselbständigkeit als Protektorat erhaltenhat. Jedoch wir haben uns geirrt. Die Grenzkontrolle ist eher nochschärfer als zwischen zwei gänzlich fremden Nationen. Alle Passagiere müssen mit ihrem Gepäck aus dem Zuge heraus und in die lange Halle des neuen Bahnhofsgebäudes eintreten, wo sie strengstens kontrolliert werden. Nicht nur nach zollpflichtigen Sachen,

sondern auch die Pässe werden genau nachgesehen. Besonders für Deutsche ist es ja heute noch sehr schwer, in das französische Schutzherrschaftsgebiet von Marokko hineinzukommen. Man hat die Interventionspläne Deutschlands und das Auftreten Wilhelms II. nicht vergessen. Deshalb fürchtet man noch immer, dass selbst harmlose Touristen Unruhe in das Land bringen könnten. Man braucht deshalb besonders Empfehlungen, um überhaupt ein Visum für Marokko zu bekommen und dann hat es auch nur für ganz kurze Zeit Gültigkeit.

Nachdem man alle Kontrollen mühselig überstanden hat, will man sich am Bahnhofsbuffet mit einem Eiswasser erfrischen. Aber, ach, es gibt lange Gesichter, als wir mit algerischem Gelde bezahlen wollen. Franc ist Franc, hatte wir gedacht und weiter garnicht auf die Aufschrift geachtet. Aber Marokko hat neben der Steuer- und Zollhoheit auch noch eine eigene Währung, und so müssen wir schnell unsern Barbestand zwar in dieselben Frankenscheine, aber mit etwas anderm Aufdruck umwechseln. Wahrscheinlich unterstützt Frankreich all diese Äusserungen einer scheinbaren Unabhängigkeit des Landes, um dahinter umso besser seine eigenen Ausbeutungsgelüste zu verbergen. Es ist ja noch garnicht so lange her, seitdem Frankreichgerade in Udschda ohne jeden Grund mit seinen Soldaten eingefallen ist, nur um sich den Weg nach dem Inneren von Marokko und nach der Atlantischen Küste zu sichern. Heute zeigt sich gerade an dieser Grenzstation die inzwischen geleistete fieberhafte Kolonialarbeit Frankreichs, die in Europa nur wenig Beachtung gefunden hat. Neben dem sauberen, weissgekalkten Stationsgebäude stehen ausgedehnte Lagerhallen. Breite Autostrassen und Blumenbeete vor dem Bahnhof. Ein Hotel zeigt seine elegante Fassade, und dahinter liegen noch viele kleine Villen versteckt in bunten Gärten. Soldaten lungern herum: Fremdenlegionäre, Spahis und reguläre französische Truppen. Aber bis zum Eingeborenenviertel ist es weit. Nur hinten in der Ferne steigt aus dem niedrigen Häusermeer das schlanke Minarett einer Moschee empor.

Nach längerem Aufenthalte fährt der Zug auf der gerade fertig gewordenen Normalspurstrecke weiter. Die neuen Geleise, die von Legionären und Eingeborenen in Zwangsarbeit errichtet worden sind, führen durch eine weite, öde Steppe. Die Luft flimmert unter der erbarmungslosen Sonne. Der Bodenist ausgetrocknet. Niemand bestellt diese harte, braune Erde. Nur wo ein paar stachelige Grasbüsche stehen, weiden magere Viehherden. Sie werden von den Nomaden gehalten, deren schwarzgraue Zelte wie verloren auf der tellerflachen Ebene liegen. Unter diesen wandernden Familien befinden sich heute Viele, die früher gute Lehmhäuser in fruchtbaren Tälern hatten. Nachdem aber ihr Hab und Gut im Kampfe gegen die einmarschierenden Franzosen zerstört worden ist, irren sie lieber mit dem, was ihnen geblieben ist, von Futterplatz zu Futterplatz, als sich unter die Fremdherrschaft zu ducken. Und dieses Volk ist immer unterwegs. Auch in der vierten Klasse unsres Zuges, wo weder Glasfenster noch Sitzgelegenheiten sind, kauern sie ergeben auf dem Boden und warten auf ihr fernes Ziel. Die Frauen haben selbst noch ihren Kopf in weisse Tücher gehüllt, und irgendwo darunter, weich am warmen Mutterkörper ruhend, schreien kleine Berberbabies. Die Männer sitzen auf dem umfangreichen Gepäck und halten pfeiferauchend ernsthafte Gespräche. Auch sie sind in weisse, lange Decken gehüllt und oft nur an dem riesenhaften Dolch und der grossen Ledertasche, die sie umhängen haben, zu erkennen.

An einer verlassenen Station kommt dieses friedliche Bild plötzlich in fieberhafte Erregung. Pralle Säcke und bis zum Platzen gefüllte Bastkörbe fliegen durch die Fenster. Schön gearbeitete kupferne Teetabletts klirren auf den Boden. Die Schaffner schreien zur Eile, und bestürzt kommen die Letzten aus dem Wagen gekrochen, Teekessel, Bratpfannen, Brote und Melonen in ihren Armen balancierend. Das war eine moderne Sippe, die es sehr eilig gehabt haben muss. Ihre Brüder reiten auf Eseln und Kamelen über die Steppe. Stolz ist noch immer ihre Haltung, wenn sie auf der nur durch Huftritte erkennbaren Karawanenstrasse daherziehen. Frei und rhythmisch schaukeln die Schiffe der Wüste ohne Beschwerden durch Hitze und Staub, während die kleinen, trippeln-

den Esel dauernd von ihren Reitern mit Fusstritten angetrieben werden müssen Menschen und Tiere aber rasten an den wenigen Brunnen, die am Wege liegen. Nur selten findet sichdaneben auchder Luxus einer Baumgruppe, wo dann das letzte Stückchen Schatten noch umkämpft wird. Wie ein Fremdling gleitet der Zug durch diese heisse, glimmende Landschaft, und zum ersten Male erkennt der fremde Reisende das wahre Gesicht Afrikas. Eine fast ausgetrocknete Bachrinne mit ein paar Palmen wird zur Sensation in dieser traurigen Umgebung, wo nur schwach im fernen Dunste die Umrisse des Atlasgebirges erscheinen.

Guercif ist jetzt die letzte Station der Normalspurbahn. Von da aus schuckelt nur noch eine schmalspurige Kleinbahn in endlos langer Zeit, und fas nur zu Militärtransporten benutzt, nach der alten Hauptstadt Fes. Beim Ausste gen stürzen sich kleine Araberjungen auf uns, die unbedingt kleine Metallhämm oder wenigstens Obst und Trinkwasser verkaufen wollen. Es ist eine lustige Bande, die sich um jedenKunden rauft und uns die lange Zeit verkürzt, die wir auf die Ankunft des Autobus warten müssen, der uns von hier aus weiterbringen soll. Zum Glück weht jetzt auch ein leiser Wind vom Meere her nach dem Gebirg zu, sodass dieses Warten zu einer erträglichen Uebung für die Haupttugend des Orients wird: niemals ungeduldig zu werden und die Eile als eine Sünde des Te fels zu betrachten.

Karl Moeller.

SPD. Preisausschreiben für ein sozialistisches Massenfestspiel.[x] Der ASKÖ (Arbeiterbund für Sport und Körperkultur in Oesterreich) schreibt einen Wettbewerb für den besten Entwurf zu einem sozialistischen Massenfestspiel aus das in der Hauptkampfbahnddes Wiener Stadions aufgeführt werden soll, und des sen Aufführungsdauer nicht mehr als 1½ Stunden betragen soll. Der Entwurf muss in Kürze den Inhalt des Festspiels und die Darstellungsart, nötige Ausstattung nötige Musik und Darstellerzahl enthalten. Honoraransprüche für den Fall der Aufführung bezw. Erwerbung des Stückes sind dem Entwurf beizuschliessen. Die Entwürfe sind in einem verschlossenen Briefumschlag, mit einem Kennwort verse hen, bis spätestens zum 1.Dezember 1932 an den ASKÖ, Wien XVIII, Währin gürtel 40, einzureichen. In einem zweiten Briefumschlag, mit dem gleichen Kenn wort versehen, sind gleichzeitig Name und Anschrift des Autors einzusenden. Für die beste Arbeit wird ein Preis von 600 Schilling ausgesetzt. Die Prämie bedingt nicht die Annahme des Stückes zur Aufführung. Der verliehene Preis steht in keiner Beziehung zum Aufführungshonorar. Der ASKÖ behält sich die Erwerbung des Aufführungsrechtes andrer Stücke als des prämiierten vor, ebenso die Aus wahl des Regisseurs und der Darsteller unabhängig vom Autor. Den Bewerbern wird die Wahrung aller Autorenrechte zugesichert.

SPD. Originalrussenkapelle.[x] Im "Prado" auf dem Boulevard Wagram in Paris spielte eine Russenkapelle. Die Kosaken vom Dnjepr nannten sie sich. Ich sass in der Nähe des Podiums. Während einer Pause hörte ich den Klavierspieler sa gen: "Der Gaffee, den die hier machen, is mir zuschdarg. Bei uns drheeme in Ziddau, da gochn die den viel dinnr, aber mid mehr Liebe..."

SPD. Die Wahrheit ist die Tochter der Zeit.
Schottisches Sprichwort.